

24. Februar 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

B 9/2003



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:
Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Internet:
www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung Das**Parlament**
Saar-Blies-Gewerbepark / In der Lach 8,
66271 Kleinblittersdorf-Hanweiler,
Telefon (0 68 05) 61 54 39,
Fax (0 68 05) 61 54 40,
E-Mail: parlament@sdv-saar.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung Das**Parlament** einschließlich Beilage zum Preis von Euro 9,57 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von Euro 3,58 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Die sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsmarkt und die demokratischen Institutionen des politischen Systems verlieren zunehmend an Integrationskraft. Zugleich entlässt der Sozialstaat seine Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr in die Eigenverantwortung. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass diese nicht in ausreichendem Maße über die Kompetenzen verfügen, die steigenden Anforderungen des Alltags zu bewältigen. Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe plädieren vor diesem Hintergrund für „aktivierende Gesellschaftspolitik": Die Menschen sollen durch Bildung besser dazu befähigt werden, nicht nur ihren eigenen Alltag selbst bestimmt zu gestalten, sondern sich konstruktiv in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzubringen.

■ Die in Haushalten und Familien – auf der Mikroebene – tagtäglich zu treffenden Entscheidungen haben Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die hier agierenden Menschen sollten deshalb, so *Maria Thiele-Wittig*, stärker als gesellschaftliche Akteure wahrgenommen werden. Die Autorin versteht die Herausbildung von Kompetenzen zur Bewältigung der gewandelten Anforderungen – der „Neuen Hausarbeit" – daher als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

■ Die sich wandelnde Ökonomie des Alltags – die zunehmende ökonomische Verantwortung der Privathaushalte – subsumiert *Michael-Burkhard Piorkowsky* unter den Begriff der „Neuen Hauswirtschaft". Privathaushalte nähmen durch Güternachfrage und Haushaltsproduktion Einfluss auf die sozioökonomische Makrostruktur; jede Entscheidung für eine einzelne Ausgabe oder Vermögensanlage sei immer zugleich eine Entscheidung gegen eine andere Verwendung und tangiere damit das ökonomische Gesamtsystem. Die Voraussetzung dafür, dass Privathaushalte ihre Aufgaben als Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft kompetent erfüllen können, sieht *Piorkowsky* in einer grundlegenden Verbesserung des dafür notwendigen Orientierungswissens: Der Autor fordert eine angemessene Thematisierung der Hauswirtschaft in ihrer Bedeutung für die Einzelnen und die Gesellschaft an den Schulen.

■ *Lothar Krappmann* geht noch einen Schritt weiter und plädiert dafür, Alltagskompetenzen bereits im Kindesalter zu fördern. Nicht mangelnde Allgemeinbildung, etwa das fehlende Abitur, sei die Ursache für das Versagen vieler Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags. Vielmehr seien diese unfähig, auf die Anforderungen und Veränderungen ihrer Lebenswelt angemessen zu reagieren. Es komme daher darauf an, die Familien bzw. die Haushalte durch die Vermittlung entsprechender Kompetenzen zu unterstützen. In diese Richtung zielt auch *Dieter Korczak*, der Thesen einer interdisziplinären Studiengesellschaft zur Bildungspolitik einer zukunftsfähigen Gesellschaft präsentiert und kommentiert.

■ Nur informierte Verbraucherinnen und Verbraucher sind fähig, ihre Rolle als Konsumenten aktiv und verantwortlich wahrzunehmen und damit sich selbst und die Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen des Konsums zu schützen. *Edda Müller* und *Hildegard Mackert* setzen sich vehement dafür ein, Wissensvermittlung besser an der Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler sowie an ihren künftigen Aufgaben als Konsumenten, Familiengründer und Verantwortliche für ihren privaten Haushalt und die Gestaltung ihres Lebensalltags zu orientieren.

Katharina Belwe

Maria Thiele-Wittig

Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie

Haushalte und Familien stellen grundlegende Lebens- und Handlungsbereiche der Gesellschaft dar. Die Menschen sind auf der Ebene der privaten Haushalte zugleich Akteure und Leistungsträger der Gesellschaft in ihren vielfältigen Wechselbeziehungen.

Der Wandel der Lebensbedingungen, sowohl im Kontext der Globalisierung als auch im Hinblick auf die Informations- und Wissensgesellschaft, geht mit neuen Herausforderungen für die Haushalts- und Lebensführung einher. Alltagsbewältigung, Lebensgestaltung und private Daseinsvorsorge werden komplexer und differenzierter. Orientierungs-, Auswahl- und Entscheidungsprobleme sowie der Umgang mit Risiken im schnellen Wandel sind die Folge. Die Notwendigkeit von Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen für das alltägliche Zusammenleben nimmt zu. Es ergibt sich die Frage, wie die Menschen ausgerüstet sind bzw. werden, um kompetent mit dem Wandel umgehen zu können. Wenn etwa Überschuldungsprobleme, Probleme der Beziehungsfähigkeit, Suchtanfälligkeit oder Fehlernährung zunehmen, gerade auch bei Jugendlichen, werden Probleme der Bewältigung der Herausforderungen offenbar, die sowohl die Betroffenen als auch die Gesellschaft belasten.

Immer stärker geforderte Eigenverantwortlichkeit für die eigene Lebensgestaltung und deren Folgen, in Verbindung mit höherer Lebenserwartung, lässt die Frage der Qualifizierung für die Herausforderungen des Wandels der Lebensbedingungen bzw. nach den Kompetenzen für die erweiterten Aufgaben der privaten Daseinsgestaltung dringlicher werden. Aktivierende Gesellschaftspolitik ist gefordert.

Fragen der Alltags- und Lebensbewältigung gewinnen auch eine neue Aktualität angesichts der gestiegenen Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben. Das macht die Reflexion der Zusammenhänge zwischen „privat“ und „öffentlich“ und der Balance von Arbeit und Leben bzw. Erwerbsarbeit und Familienarbeit erforderlich. Die stärkere Einbindung der Frauen in den Erwerbsbereich reduziert ihre Arbeitskapazität für unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie und erhöht deren Einkommen und Kaufkraft. In der Folge nehmen die Verflechtungen mit Wirtschaft und Gesellschaft zu. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Bedeutung der Kompetenzen für die Gestaltung des Alltags, des Haushalt und der Familie an Bedeutung – für beide Geschlechter. Die Forderung nach verstärkter und fundierter Vermittlung von Alltagskompetenzen[1] – sowohl im Rahmen der schulischen Allgemeinbildung als auch über unterschiedliche Formen außerschulischer Bildung und Beratung – ist vor diesem Hintergrund nur konsequent.

I. Haushalte und Familien als Basiseinheiten der Gesellschaft

In den Haushalten liegen essentielle Aufgaben des Lebensunterhalts und der Lebensgestaltung.[2] Über ihre Versorgungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen[3] fungieren sie als grundlegende Leistungsträger der Gesellschaft. Gleichzeitig bzw. darüber hinaus beeinflussen sie mit der aktiven Gestaltung ihrer Lebensführung die weitere Entwicklung der Gesellschaft.

Der Umfang der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Familie ist erheblich. Nach den Ergebnissen der Zeitbudgetuntersuchung von 1992 war der Umfang der unbezahlten Arbeit etwa eineinhalbmal so hoch wie derjenige der gesamten Erwerbsarbeit: 95,5 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit gegenüber 60 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit.[4]

1 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hrsg.), Kompetent im Alltag! Memorandum für eine haushaltsbezogene Bildung: frühzeitig, aufbauend. Lebenslang. Wege zu einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Bildung, Bonn 2001.

2 Vgl. Irmintraut Richarz, Bildung für den Haushalt in einer sich wandelnden Welt, Baltmannsweiler 1982, S. 48.

3 Vgl. Rosemarie von Schweitzer, Die privaten Versorgungs-, Pflege und Erziehungsleistungen und ihre Wahrnehmung als Haushaltsproduktion, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 36 (1988) 45, S. 230 – 237.

4 Vgl. D. Schäfer/N. Schwarz, Der Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte – Das Satellitensystem Haushaltsproduktion, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), Zeit im Blickfeld, Stuttgart – Berlin – Köln 1996, S. 43.

Einen der wichtigsten Beiträge für die Zukunft der Gesellschaft bilden die grundlegenden Leistungen von Familie und Haushalt für das Humanvermögen[5] bzw. die Entwicklung entsprechender Ressourcen. Haushalte und Familien sind auch diejenigen „Institutionen“, die wesentliche Weichen für Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung stellen. Gesundheit ist ein Bereich, in dem nicht mehr nur der „Patient“ betrachtet wird, sondern zunehmend auch die Prävention bzw. eine gesundheitsbezogene Lebensführung in den Blick genommen wird.

Die verschiedenen Rollen, die Menschen in ausdifferenzierten Gesellschaften wahrnehmen (können), füllen sie zunehmend in Personalunion aus, seien es produktive oder Verbraucherrollen, Klienten- oder Bürgerrollen u. v. a. m.

In der aktiven Gestaltung des Mikrosystems (Familien-)Haushalt liegen erhebliche Aufbau- und Balanceleistungen. Sie betreffen sowohl die Alltagsorganisation als auch Ausprägungen von Alltagskultur und Haushalts- und Lebensstilen, den Aufbau von Beziehungsmustern und sozialer Netze ebenso wie nachbarschaftliche Einbindung, Teilhabe an der Zivilgesellschaft u. v. a. m.

Haushalte können als Schaltstellen betrachtet werden, in denen die Akteure unterschiedliche Entscheidungen treffen oder unterlassen, Strategien entwickeln bzw. ihre Mikropolitik in Abhängigkeit von ihren Kompetenzen sehr unterschiedlich gestalten. Die Wirkungen gehen in beide Richtungen: Nicht nur Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt beeinflussen das Handeln auf Haushaltsebene, sondern die Menschen im Haushaltskontext wirken als Akteure auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ein. Eine Mikro-Makro-Relation im Sinne von Wechselwirkungen ist zu beobachten. In diesem Kontext wird der Begriff der *Daseinskompetenzen* betont.[6] Franz-Xaver Kaufmann spricht von „komplexitätsverarbeitenden Daseinskompetenzen“ und weist darauf hin, dass Daseinskompetenzen „die Qualität der Beteiligung an allen gesellschaftlichen Teilsystemen unter den gegenwärtigen komplexen Bedingungen maßgeblich bestimmen“.[7]

5 Vgl. BMFSFJ (Hrsg.), Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, BT-Drucksache 12/7560, Bonn 1994.
6 Vgl. ebd., S. 243 f.
7 Franz-Xaver Kaufmann, Zum Konzept der Familienpolitik, in: Bernhard Jans/André Habisch/Erich Stutzer (Hrsg.), Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale: Festschrift zum 70. Geburtstag von Max Wingen, Grafschaft 2000, S. 46.

II. Herausforderungen durch steigende Komplexität der Lebensbedingungen

Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse werfen Fragen danach auf, wie sich die vielen Veränderungen auf der Ebene des Haushalts auswirken und wie Haushalte selbst Akteure des Wandels werden, etwa über neue Haushalts- und Lebensformen und Lebensstile, über Umsetzungen ökologischen Bewusstseins oder als Transformatoren kultureller Werte.

Mit höherem Lebensniveau gewinnen die Vernetzungen und Verflechtungen der Haushalte mit marktlichen und nichtmarktlichen Institutionen an Bedeutung. Interaktion und Austausch nehmen zu, die Lebens- und Aktionsräume expandieren. Entsprechend steht die Haushalts- und Lebensführung der Menschen vor Aufgaben, die sich auffächern und ausdifferenzieren.

In diesem Kontext wurde der Begriff der „Neuen Hausarbeit“ eingeführt.[8] Während durch Auslagerungsprozesse aus den Haushalten ein Teil der traditionellen Hausarbeit abgenommen hat, werden die Haushalte durch Zunahme der Außenbeziehungen und Verflechtungen vor zahlreiche neue Aufgaben gestellt, deren Arbeitscharakter zunächst kaum beachtet wurde. Im engeren Sinne sind es Arbeitseinsätze an den Schnittstellen zu den verschiedenen Institutionen, von denen Haushalte Güter und Dienstleistungen beziehen (Märkte, Banken, Versicherungen, Verkehrseinrichtungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen). Vorgelagert sind vermehrte Anforderungen an Orientierungs- und Abstimmungsfähigkeit der Menschen; nachgelagert sind Anforderungen an ihre Integrationsfähigkeit angesichts der Auffächerung und Ausdifferenzierung der Aufgaben der Haushalte. Die für die „Neue Hausarbeit“ erforderlichen Kompetenzen unterscheiden sich von denen für traditionelle Hausarbeit, da sie sich auf die Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen und auf zunehmende Vermittlungsleistungen gegenüber verschiedenen Institutionen beziehen.[9]

8 Maria Thiele-Wittig, . . . der Haushalt ist fast immer betroffen – „Neue Hausarbeit“ als Folge des Wandels der Lebensbedingungen, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, (1987) 35, S. 119 – 127.
9 Maria Thiele-Wittig, Schnittstellen der privaten Haushalte zu Institutionen. Zunehmende Außenbeziehungen der Haushalte im Wandel der Daseinsbewältigung, in: Sylvia Gräbe (Hrsg.), Der private Haushalt im wissenschaftlichen Diskurs, Frankfurt/M.–New York 1993, S. 371–388, hier insbes. S. 382 f.

Haushalte sehen sich expandierenden Märkten gegenüber. Marketing und Werbung durchdringen mehr und mehr den Alltag. Jugendliche sind dabei eine besondere Zielgruppe, nicht nur als gegenwärtige, vielmehr auch als künftige Kunden sowie als „Markendurchsetzer" gegenüber Eltern. Auf dem Dienstleistungsmarkt gibt es eine Expansion bei Versicherungen, Finanzdienstleistungen, Reise- und Urlaubsangeboten, haushaltsnahen Dienstleistungen etc. Konsum ist nicht nur Genuss, sondern auf Seiten der Haushalte auch mit Arbeit verbunden. Bedarfsreflexion ist gefordert hinsichtlich der Wirkungen des Konsums auf Gesundheit und Umwelt, aber auch hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit, bspw. im Nord-Süd-Konflikt. Auch Erwerbsarbeit ist aus Haushaltssicht mit höheren Anforderungen verbunden. Die Risiken eines Arbeitsplatzverlustes oder -wechsels nehmen zu. Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewinnen an Bedeutung, ebenso die schon angesprochenen Balancen von Erwerbs- und Familienarbeit. Die Anforderungen der Erwerbsarbeit an Flexibilität und Mobilität stehen vielfach in Konkurrenz zu den Anforderungen der Familie nach Stabilität, Kontinuität und Verlässlichkeit bzw. belasten Partnerschaften und wirken sich negativ auf die Verwirklichung von Kinderwünschen aus.

Zeit ist zur knappen Ressource geworden, angesichts der vielen Optionen und Anforderungen. Das Zusammenleben der Familienmitglieder muss zunehmend aktiv organisiert werden; die Zeit dafür wird immer knapper. Neue Kommunikationssysteme haben unterschiedliche Auswirkungen. Diese erweiterten Aufgabenstellungen, um Balancen bzw. gleitende Balancen für das Spektrum der Lebensbedürfnisse zu finden, lassen wachsende Bildungserfordernisse für Haushalt und Familie erkennen.

III. Anforderungen durch zunehmend geforderte Eigenverantwortlichkeit

Von Haushalten und Familien wird immer mehr Eigenverantwortung gefordert. Die Gestaltung des eigenen Alltags und der Lebensführung wird zu einer immer komplexeren Aufgabe. Wahlmöglichkeiten und Wahlzwänge nehmen zu. Traditionell vorgezeichnete Lebensläufe gelten immer weniger als Orientierung. Die Menschen in Haushalt und Familie müssen permanent über ihre Lebensführung und Daseinssicherung entscheiden. Sie sind gezwungen, ihre private Daseinsvorsorge in differenzierterer Form mit der staatlichen Daseinsvorsorge zu vernetzen (z. B. Alterssicherung, Gesundheit, Erwerbssicherung). Ihnen wird immer mehr Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidungen aufgebürdet.

Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, brauchen die Menschen zweierlei: mehr Wissen und die Fähigkeit zur Orientierung in einer sich schneller wandelnden Umwelt, um die Auswirkungen von Entscheidungen abschätzen zu können.[10]

IV. Neuer Fokus auf Alltag und Alltagskompetenzen: Bildung für Haushalt und Familie

Haushalte sind in der Vergangenheit häufig ausgeblendet, vernachlässigt oder als Restgröße und Puffer angesehen worden. Ohne die in den Haushalten und Familien geleistete „Lebensarbeit" – die Ausbalancierung des gesamten Spektrums der Lebensbedürfnisse unter den Bedingungen der mobilisierbaren Ressourcen – kann eine Gesellschaft jedoch nicht bestehen. Die hier getroffenen Lebensentscheidungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. In diesem Sinne sind die Menschen auf der Ebene von Haushalt und Familie stärker als Akteure wahrzunehmen, und der Blick ist auf ihre Handlungs- und Entscheidungsbasis für den Kontext von Haushalt und Familie zu richten.

Lösungen von Alltagsproblemen nur durch Versuch und Irrtum erzielen zu wollen oder sich auf die begrenzten Erfahrungswerte zu verlassen, die zudem immer schneller veralten, ist riskant und verlustreich. Es gilt daher, neue Verhaltensmuster zu entwickeln und Handlungshilfen zu vermitteln. Die Bedeutung der Alltagsbewältigung und Lebensgestaltung mit ihren komplexen Zusammenhängen und Wechselwirkungen macht eine stärkere systematische Berücksichtigung im Bildungssystem erforderlich, gerade auch mit Blick auf ihre präventive Funktion.[11]

10 Es gilt, Zusammenhänge gesundheitsbezogener Lebensführung, vorsorgenden Wirtschaftens bzw. nachhaltiger Lebensführung, der Gestaltung einer Kultur des Aufwachsens, des Zusammenlebens und der Sorge für Nahestehende oder Abhängige zu beachten. Vgl. Siegfried Keil, Für eine Kultur des Aufwachsens in Familie und Gesellschaft, in: B. Jans u. a. (Anm. 7), S. 486.

11 Vgl. Maria Thiele-Wittig, Neue Hausarbeit im Kontext der Bildung für Haushalts- und Lebensführung, in: Ulrich Oltersdorf/Thomas Preuß (Hrsg.), Haushalte an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Aspekte haushaltswissenschaftlicher Forschung – gestern, heute, morgen, Frankfurt/M. – New York 1996, S. 342–362.

Eine haushaltsorientierte Bildung kann prinzipiell das Potenzial für eine entsprechende Kompetenzvermittlung entwickeln, soweit sie vom Alltag und vom Spektrum der Lebensbedürfnisse ausgeht. Sie ist geeignet, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit sowie Eigenverantwortlichkeit zu stärken.

Häufig werden einzelne Bereiche identifiziert, in denen fehlende Kompetenzen Probleme hervorrufen. Das führt zu Forderungen nach entsprechender Bildung etwa in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Konsum, aber auch – allgemeiner – in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Finanzen sowie Ehe und Familie. Jeder dieser Bereiche kann aufgrund der jeweils spezifischen Ausrichtung Profil gewinnen. Die Betrachtung einzelner Bereiche birgt jedoch die Gefahr der Vernachlässigung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen.

Ein Spezifikum des Alltags ist seine Vieldimensionalität, sind die vielen Wechselwirkungen, da der Alltag einen wesentlichen Teil der Lebenswirklichkeit darstellt. Die haushaltsorientierte Bildung hat in besonderem Maße diese Ganzheitlichkeit zum Ziel. Integrative Betrachtung ist ihre Stärke. Haushaltsorientierte Bildung rückt das gesamte Spektrum der Lebensbedürfnisse in den Blick und hilft, Bedürfnisse und Bedarfe zu analysieren und zu reflektieren, abzuklären und zu konkretisieren.

Für die vielfältigen alltagspraktischen Fragestellungen sind mehrere Ebenen von Bedeutung, sowohl die Ebene der konkreten Arbeit und entsprechender Fertigkeiten als auch die Ebene der Orientierung, der Reflexion und des verantwortlichen Entscheidens im Zusammenhang mit Analyse- und Kritikfähigkeit und kultureller Kompetenz. Diese Tatsache macht diese Bildungsinhalte gerade auch für den Wandel zu ganztägigen Schulen interessant.

Angesichts der gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit erweiterten Aufgabenstellungen für die Alltagsbewältigung und Daseinssicherung und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen wird die Vermittlung entsprechender Qualifikationen zu einer immer dringenderen Aufgabe. Das gilt sowohl für eine grundlegende, systematische Vermittlung in der Schule, und zwar in den verschiedenen Schulformen und Schulstufen, als auch für die außerschulische Bildung und Beratung. Entsprechende Vermittlung von Daseinskompetenzen ist als ein grundlegender Beitrag sowohl zur Allgemeinbildung als auch für spezifische Bildungs- und Beratungsangebote zu betrachten, im Sinne einer aktivierenden Gesellschaftspolitik.

Michael-Burkhard Piorkowsky

Neue Hauswirtschaft für die postmoderne Gesellschaft

Zum Wandel der Ökonomie des Alltags

I. Problemstellung

Das Konzept der *Neuen Hauswirtschaft* verfolgt zweierlei: die Begründung eines neuen Verständnisses von Privathaushalten und Familien als den Basiseinheiten von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Etablierung entsprechender Inhalte im Bildungssystem. Die Motivation für dieses Anliegen resultiert vor allem aus Erkenntnissen über einen erschreckend lückenhaften Wissensstand von Jugendlichen und Erwachsenen über die *Ökonomie des Alltags* sowie gravierende Folgen dieses Mangels. Eine entscheidende Ursache dafür ist das defizitäre Bildungsangebot, das weit hinter dem rasanten gesellschaftlichen Wandel zurückbleibt. Das Plädoyer zum Gegensteuern gründet auf der Überzeugung, dass der gesellschaftliche Modernisierungsprozess nur gelingen kann, wenn bereits Kinder und Jugendliche in den allgemein bildenden Schulen systematisch mit den sozioökonomischen Grundlagen für eine erfolgreiche Lebensbewältigung vertraut gemacht werden und damit auch anschlussfähig sind für ein diesbezügliches lebenslanges Lernen.[1]

Aktuelle Anstöße für die Forderung nach einer grundlegenden sozioökonomischen Allgemeinbildung stehen im Zusammenhang mit der neueren Armutsforschung und der Umsetzung in konkrete Maßnahmen zur Armutsprävention. Empirische Studien zur Sozialhilfeabhängigkeit sowie zur Überschuldung privater Haushalte belegen, dass Verarmungsprozesse häufig nicht nur mit Problemen am Arbeitsmarkt, sondern auch mit fehlenden Kompetenzen für die Gestaltung des Familienlebens und der Haushaltsführung zusammenhängen – angefangen von der Bedürfnisreflexion und der Bedarfsabstimmung im Haushalt über die Mobilisierung und den Einsatz von Ressourcen für die Familienarbeit und Haushaltsproduktion bis zur Kontrolle des Ausgabenverhaltens.[2]

Das zuletzt genannte Ursachenbündel für defizitäre Versorgungslagen bis hin zu Armut kann durch entsprechende nachsorgende Bildung von jüngeren und älteren Erwachsenen weitgehend aufgelöst werden, wie die Projekte der Konzertierten Aktion der Hauswirtschafts- und Wohlfahrtsverbände zur Armutsprävention zeigen.[3] Dass z. B. ungeplante, kumulierende Verschuldung eher in eine Überschuldung führt als eine kontrollierte Kreditaufnahme, ist evident. Erwiesen ist, dass Ver- und Überschuldung privater Haushalte seit Jahren zunehmen. Die Zahl der überschuldeten Privathaushalte, die ihre Verbindlichkeiten weder aus Vermögen noch aus laufendem Einkommen abtragen können, stieg qualifizierten Schätzungen zufolge von 1994 bis 1999 in Westdeutschland von 1,5 Millionen auf 1,9 Millionen und in Ostdeutschland von 0,5 Millionen auf 0,8 Millionen.[4] Schätzungsweise rund 850 000 Jugendliche haben Schulden, vor allem bei Freunden, Verwandten, Geldinstituten, Mobiltelefonanbietern und Netzbetreibern; und rund 250 000 Jugendliche sind vermutlich überschuldet.[5]

Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Bildungskonferenz der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft in Münster am 18. Juni 2002.

1 *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Lothar Krappmann in dieser Ausgabe.

2 Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, Verarmungsgründe und Ansätze der Armutsprävention bei Privathaushalten, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Lebenslagen von Familien und Kindern. Dokumentation von Expertisen und Berichten, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Erstellung des Ersten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung erarbeitet wurden, Materialien zur Familienpolitik, Nr. 11, Berlin 2001.

3 Vgl. ders., Armutsprävention durch Bildung für Haushalt und Familie, in: Haushalt & Bildung, 77 (2000) 3, S. 129–132; ders., Das Armutsprophylaxeprogramm der deutschen Bundesregierung. Ein Beispiel für den aktivierenden Sozialstaat, in: Reinbert Schauer/Robert Purtschert/Dieter Witt (Hrsg.), Nonprofit-Organisationen und gesellschaftliche Entwicklung: Spannungsfeld zwischen Mission und Ökonomie, Linz 2002.

4 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, April 2002, S. 69.

5 Vgl. Evelyn Binder, Kinder werden mit Schulden groß. Immer mehr Jugendliche leben auf Pump. Wenig Sinn für Wert des Geldes, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 11. Juni 2002, S. 29.

Weitere Anstöße liefert die seit Jahren laufende Diskussion über ökonomischen, insbesondere finanzwirtschaftlichen „Analphabetismus“.[6] Verschiedene Erhebungen und Einschätzungen von Experten deuten darauf hin, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger z. B. nicht genau wissen, wie die Banken arbeiten, wie die Börse funktioniert und wie das Rentensystem aufgebaut ist. Viele können nicht zwischen einer Kapitallebensversicherung und einer Risikolebensversicherung unterscheiden. Etliche können nicht erklären, was der Effektivzins eines Kredits ist. Und manche junge Menschen, die erstmals ein Girokonto eröffnen, glauben sogar, der Dispositionskredit, der auf dem Kontoauszug ausgewiesen wird, gehöre ihnen. Tatsächlich sind wir fast alle finanzwirtschaftliche Analphabeten. Denn es gibt kein Fach oder Lernfeld „Finanzen“ in den allgemein bildenden Schulen. Doch die Bildungslücke lässt sich nicht allein durch finanzielle Allgemeinbildung schließen. Das Problem liegt tiefer, und seine Lösung bedarf deshalb eines gut durchdachten Konzeptes. Finanzentscheidungen sind eingebettet in die *Ökonomie des Alltags*. Und dieser Alltag stellt zunehmend neue, radikale Anforderungen, die mit den herkömmlichen Kompetenzen und Bildungskonzepten kaum zu bewältigen sind.

II. Das Konzept der Neuen Hauswirtschaft

Individuelle Lebensgestaltung und gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion sind untrennbar miteinander verbunden. Das war schon immer so. Aber im Zuge des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses gewinnen die Entscheidungen der Individuen bzw. der Haushalte und Familien, in denen sich die Einzelnen grundlegend organisieren und entwickeln, zunehmend an Bedeutung für die sozioökonomische Makrostruktur. Diese Einsicht basiert auf einer empirisch fundierten Theorie des Privathaushalts, die den Wandlungen von der modernen zur postmodernen Gesellschaft nachspürt, sowie auf dem erkenntnistheoretischen Konzept des methodologischen Individualismus, der von einer strukturgebenden Funktion der Individuen und Kleingruppen für die Gesellschaft ausgeht.[7]

Der Begriff der Postmoderne ist schillernd. Er soll hier nicht ausführlich erörtert werden.[8] Dass sich Wandlungen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen vollziehen, ist unübersehbar. Klar ist aber auch, dass es gegenwärtig keine vollständige Ablösung der Moderne durch die Postmoderne gibt, sondern neue Elemente, Systeme, Strukturen und Funktionen zunehmend an prägender Kraft gewinnen. Haushalte und Familien sind grundlegende und universelle Organisationsformen der Menschen für die unmittelbare Lebensgestaltung; und es sind die ältesten Institutionen überhaupt. Aber die Formen und Funktionen der Haushalts- und Familiensysteme variieren historisch und kulturell erheblich. In einem agrarisch oder auch industriell geprägten Obrigkeitsstaat kommt ihnen eine andere Rolle zu als in einem modernen Sozialstaat. Gegenwärtig finden wir zur Kennzeichnung der Makroebene von Wirtschaft und Gesellschaft „postmoderne“ Zuschreibungen, wie Bürgergesellschaft, Multioptionsgesellschaft und Wissensgesellschaft.

Die Haushalts- und Familienforschung konstatiert eine Pluralisierung der Lebensformen und eine Individualisierung der Lebensverläufe, verbunden mit einer Häufung aufeinander folgender Lebensabschnittsgemeinschaften und einem Rückgang der Geburtenrate.[9] Institute und Kommissionen für Zukunftsfragen sehen uns bereits auf dem Weg von der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft zur unternehmerischen Wissensgesellschaft“ und propagieren ein ökonomisches Leitbild des Menschen als „Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“.[10] Öffentlich gefordert und gefördert wird seit Jahren eine „Neue Kultur der Selbstständigkeit“, also die wachsende Bereitschaft zur Unternehmensgründung, z. B. mit der Initiative „Go!“ in Nordrhein-Westfalen. Und tatsächlich entlässt der Sozialstaat zunehmend seine Bürgerinnen und Bürger aus Versorgungs- und

6 Vgl. Rüdiger von Rosen, Wir brauchen ein Schulfach Wirtschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 25. März 1998, S. 24; Udo Reifner, Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft. Projektabschlussbericht zur ersten Phase des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützten Projekts, Institut für Finanzdienstleistungen e. V., Hamburg, 22. 10. 2001; Marc Brost/Marcus Rohwetter, Wir alle – finanzielle Analphabeten, in: Die Zeit vom 31. Oktober 2002, S. 19 – 20.

7 Vgl. Günter Büschges, Methodologischer Individualismus und empirische Soziologie, in: ders./Werner Raub (Hrsg.), Soziale Bedingungen – Individuelles Handeln – Soziale Konsequenzen, Frankfurt/M. 1985.

8 Vgl. dazu Michael-Burkhard Piorkowsky, Strukturwandel und gesellschaftliche Leistungspotentiale von Haushalten und Familien, in: Irmhild Kettschau/Barbara Methfessel/Michael-Burkhard Piorkowsky (Hrsg.), Familie 2000. Bildung für Familien und Haushalte zwischen Alltagskompetenz und Professionalität. Europäische Perspektiven, Baltmannsweiler 2000.

9 Vgl. ebd., S. 20 – 24.

10 Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen. Teil III. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn, November 1997, S. 7.

Versicherungssystemen und mahnt mehr Eigenverantwortung an.

Beispielhaft seien aktuelle Maßnahmen und Überlegungen in den Bereichen Alterssicherung, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen angesprochen:

- In einer Informationsschrift zur Riester-Rente, die vor wenigen Monaten in zahlreichen Publikumszeitschriften eingeklebt war, heißt es: „Prüfen Sie, ob und wie viel Sie für die neue Eigenvorsorge anlegen wollen. Klären Sie, wie lange Sie noch ansparen können und welche Anlagerisiken Sie in Kauf nehmen wollen.“[11]

- Der neue Vorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, wird in einem Interview mit den Worten zitiert: „Wir brauchen ein bißchen Deregulierung.“[12] Parallel dazu liefert die Hartz-Kommission mit den Konzepten der „Ich-AG“ und der „Familien-AG“ den Rahmen für die Gründung und Entwicklung von Miniunternehmen aus der Arbeitslosigkeit.[13]

- Und die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt will mündige Patientinnen und Patienten, die nicht nur vorsorgend etwas für ihre Gesundheit tun, sondern auch im Krankheitsfall den Behandlungsprozess „mitsteuern und nachfragen, was eigentlich berechnet wurde“.[14]

Die sich damit wandelnde Ökonomie des Alltags wird hier als *„Neue Hauswirtschaft“* verstanden. Das bedeutet faktisch eine Zunahme an ökonomischer Funktionszuschreibung und Verantwortung der Individuen, Paarhaushalte und Familien – unabhängig davon, ob sie es wollen oder nicht: zunächst und unmittelbar mit ihren selbst organisierten Privathaushalten für die eigene Versorgung und sodann in der strukturgebenden Funktion für das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Dabei handelt es sich um eine – ganz überwiegend unbeabsichtigte – Folge der individuellen Entscheidungen für bzw. gegen bestimmte Lebensstile und Lebensformen, Bildungswege und Erwerbsbeteiligungen, Konsummuster und Freizeitaktivitäten sowie Vermögensdispositionen und sonstige Engagements.

11 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Rund um die neue Rente. Ihre Fragen – unsere Antworten, Berlin 2002, S. 20.

12 Florian Gerster, „Wir brauchen ein bißchen Deregulierung“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 31. März 2002, S. 5.

13 Vgl. Peter Hartz u. a., Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht der Kommission, Berlin 2002, S. 161 – 172.

14 Vgl. Ulla Schmidt, „Kranksein ist keine Privatsache“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24. Februar 2002, S. 37.

Der Begriff „Hauswirtschaft“ ist mit Bedacht gewählt worden. Der traditionelle Begriff der Hauswirtschaft entspricht den äquivalenten Grundbegriffen Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft in den ökonomischen Schwesterdisziplinen. Dass sich die so bezeichneten Realphänomene seit der Einführung der Begriffe vor etwa 100 Jahren verändert haben, ist wohl selbstverständlich. Aber keine der drei Wirtschaftsdisziplinen hat ihren spezifischen Begriff aufgegeben. Die Betonung des Neuen schließt an vergleichbare Kennzeichnungen wie New Economy, New Public Management und Neue Selbstständigkeit an. Mit dem Begriff der *Neuen* Hauswirtschaft sollen folglich – wie im Begriff der Postmoderne – alte *und* neue Strukturen und Funktionen repräsentiert werden.

Das Konzept der Neuen Hauswirtschaft wird im Folgenden durch zwei Kernaussagen konkretisiert:

1. Die Privathaushalte üben durch Güternachfrage, Haushaltsproduktion und Faktorangebot einen prägenden Einfluss auf die sozioökonomische Makrostruktur aus.

2. Die Privathaushalte sind die Hauptproduzenten von Humanvermögen und damit die wichtigsten sozioökonomischen Institutionen überhaupt.

III. Güternachfrage, Produktion und Faktorangebot der Haushalte prägen die sozioökonomische Makrostruktur

Zunächst sei die Funktion der Haushalte als Nachfrager nach privaten und öffentlichen Gütern näher betrachtet. Die Haushalte treffen zum einen – gemäß ihren Präferenzen und Finanzierungsmöglichkeiten und selbstverständlich nicht ohne Einflüsse aus den sozialen Bezugsfeldern einschließlich der Werbung – Entscheidungen über die Gestaltung ihres privaten Konsums und beschaffen die von den Unternehmen angebotenen Waren und Dienste sowie Immobilien. In der Verwendungsrechnung des Sozialprodukts, in der – im Gegensatz zur Entstehungsrechnung (!) – die Aktivitäten der Haushalte verbucht werden, entfallen knapp 60 Prozent auf den privaten Konsum, also auf solche Güter, die von den Haushalten selbst bezahlt werden. Sie steuern damit zum einen in gewisser Weise die Produktion sowie – zumindest teilweise – die Beschäftigung und Investition, und zwar auch in den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen, und erzeugen „Konsumwellen“, wenn sich das Verbraucherverhalten kollek-

tiv ändert. Zum anderen treten die Haushalte bzw. die erwachsenen Haushaltsmitglieder als Wahlbürger im politischen Prozess auf und steuern durch ihre Wahlentscheidungen, wenn auch nur indirekt, die Produktion und Bereitstellung spezifisch öffentlicher Güter und damit zusammenhängender Dienste, z. B. die kommunale Infrastruktur und öffentliche Sicherheit.

Die Ausgaben für langlebige Konsumgüter einschließlich Immobilien sowie die Ersparnisse bzw. Finanzanlagen führen zu einem entsprechenden Vermögensaufbau. Je nach den berücksichtigten Vermögenskomponenten und den Wertansätzen lassen sich unterschiedliche Größenordnungen ermitteln, die für den Haushaltssektor insgesamt bis zu rund 7,7 Billionen Euro betragen.[15] Als Indikator der Finanzierungsfunktion der Privathaushalte für die Unternehmen wird ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis betrachtet, der etwa vier Fünftel beträgt.[16] Damit sind die Privathaushalte indirekt der größte Kapitalgeber der Unternehmen.

Private Haushalte investieren aber nicht nur indirekt über den Bankensektor in fremde Unternehmen, sondern auch unmittelbar in eigene, selbst gegründete Unternehmen. Die meisten Unternehmensgründungen finden nämlich nicht an der Börse, sondern im Haushalts- und Familienkontext statt.[17] Es kann davon ausgegangen werden, dass die jährlich etwa 300 000 Übergänge in selbstständige Erwerbstätigkeit in rund 50 Prozent der Fälle als Kleinstunternehmen ohne weitere Beschäftigte vollzogen werden; in rund 40 Prozent der Fälle mit weniger als fünf Mitarbeitern und in rund 10 Prozent der Fälle mit fünf und mehr Mitarbeitern. Damit stellen die Gründer und Gründerinnen für sich und andere Erwerbsarbeitsplätze bereit und tragen folglich zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung bei. Zwar werden Unternehmen auch von abgeleiteten Betrieben, also von Unternehmen und Verbänden, gegründet, aber die zahlenmäßig bei weitem wichtigsten Unternehmensgründer sind die Privathaushalte. Gemessen an der Zahl der Unternehmen sind ebenfalls Privathaushalte bzw. die jeweiligen Haushaltsmitglieder die mit Abstand größte Gruppe der Eigentümer von Unternehmen. Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2000 waren rund 3,6 Millionen Erwerbstätige – das waren rund zehn Prozent der Erwerbstätigen – selbstständig, und zwar überwiegend in Miniunternehmen, die mit den privaten Haushalten der Unternehmer bzw. Unternehmerinnen eine sozioökonomische Einheit bilden und deshalb nicht losgelöst von den Hauswirtschaften betrachtet werden können.

Auch im Vereins- und Verbandssektor überwiegen zahlenmäßig nicht die großen, sondern die kleinen Einheiten. Und etliche große Organisationen haben sich aus kleinen, nicht selten informellen Zusammenschlüssen entwickelt. Privathaushalte bzw. Haushaltsmitglieder sind hier als Vereinsgründer und Träger informeller Netzwerke von Bedeutung. Allein die Zahl der Bürgerinitiativen und Selbsthilfeprojekte kann mit mindestens 40 000 bis 60 000 beziffert werden; der durchschnittliche Mitgliederbestand beträgt zwischen 15 und 35 Personen. In solchen Projekten sind prinzipiell „Menschen wie du und ich" die „Macherinnen" und „Macher". Durch das Engagement in Vereinen und Verbänden tragen die Privathaushalte folglich auch zur Bereitstellung kollektiver, gruppenbezogener Güter bei.[18]

Schließlich sei hier der Beitrag der Privathaushalte zur Produktion personaler Güter für den unmittelbaren Konsum hervorgehoben. Die Haushaltsproduktion ist auch in modernen und postmodernen Gesellschaften nicht marginal, sondern – gemessen am Zeitinput – sogar dominant. Wird die gesamte gesellschaftliche Arbeitszeit betrachtet, also Erwerbs- und Haushaltsarbeitszeit einschließlich Ehrenamt, ergibt sich ein Volumen von etwa 124 Milliarden Stunden (1991/92); davon entfallen rund 60 Prozent auf Haushaltsarbeit und rund 40 Prozent auf Erwerbsarbeit.[19]

IV. Prokreation, Haushaltsproduktion und Konsum dienen der Humanvermögensbildung

Private Konsumgüter, öffentliche Güter und Haushaltsarbeit dienen nach herkömmlicher Vorstellung dem Konsum im Sinne eines letzten Verbrauchs. Aber tatsächlich handelt es sich nicht um

15 Vgl. Jörg Sieweck, Unterschätzter Wirtschaftsfaktor privater Haushalt, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 116 (1999) 10, S. 465 – 469.
16 Vgl. ebd., S. 465.
17 Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, Die Evolution von Unternehmen im Haushalts- und Familienkontext, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft, (2002) 5, S. 1–19.
18 Vgl. Adalbert Evers, Part of the welfare mix: the third sector as an intermediate area, in: Voluntas, 6 (1995) 2, S. 159–182; Burkhard von Velsen-Zerweck, Dynamisches Verbandsmanagement. Phasen- und krisengerechte Führung von Verbänden. Mit einem Geleitwort von Dieter Witt und Ernst-Bernd Blümle, Wiesbaden 1998, S. 71–72.
19 Vgl. Bundesministerium für Familie und Senioren/Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland, Wiesbaden 1994, S. 1.

endgültigen Güterverbrauch, sondern um Input in die Bildung von Humanvermögen. Zu den traditionellen Familienfunktionen zählen die auf Nachwuchssicherung gerichtete prokreative oder generative Funktion (Zeugung), die Sozialisationsfunktion (Erziehung) und die ökonomische Funktion (Versorgung). Es gehört zu den biologischen Gegebenheiten, dass die Menschen ihren Nachwuchs selber produzieren. Die Aufgabe der Sicherung und Pflege des Nachwuchses besteht aber keineswegs allein darin, schiere Arbeitskraft in der Generationenfolge zu reproduzieren, sondern in der „Produktion“ von Humanvermögen, also von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die das ökonomische, soziale und kulturelle Vermögen menschlicher Gesellschaften ausmachen. Da die Sicherung und der Ausbau des Wissens *das* kritische Problem jeder Gesellschaft ist, erfüllen die Haushalte damit die wichtigste Aufgabe im gesellschaftlichen Gefüge überhaupt.

In modernen und postmodernen Gesellschaften werden die Funktionen der Prokreation und Sozialisation nicht mehr nur von den Kernfamilienhaushalten erfüllt. Die Vernetzung mit einer Vielzahl externer Institutionen ist unübersehbar und auch unverzichtbar, angefangen von der Geburtsmedizin über allgemein bildende und berufsbildende Schulen bis hin zu Unternehmen und Universitäten. Aber dennoch werden auch weiterhin die Haushalte in einem sehr grundlegenden und umfassenden Sinn die „Hauptproduzenten von Menschen“ als soziale Wesen bleiben. Denn ohne primäre Sozialisation in den auf Intimität und permanente Kommunikation über viele Jahre angelegten Kontexten der Binnensysteme der Haushalte und Familien können die Fähigkeiten zu Wissenserwerb und Wissensanwendung in den ständig komplexer werdenden Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht hinreichend erlernt werden.[20]

Um eine Vorstellung von der Bedeutung des Humanvermögens in ökonomischen Größen zu gewinnen, ist von der Familienberichtskommission der Bundesregierung eine Modellrechnung durchgeführt worden. Bezugsgröße war der Geburtsjahrgang 1984, der im Jahr 1990 rund 633 000 Personen umfasste. Berücksichtigt wurden die jährlichen Ausgaben für Konsumgüterkäufe und anteilig bewertete Leistungen der Haushaltsproduktion, die für die nachwachsende Generation bis zum 19. Lebensjahr aufgewendet werden. Der so ermittelte Beitrag der Familien zur Humanvermögensbildung beträgt rund 7,7 Billionen Euro. Demgegenüber beträgt der geschätzte Wert des reproduzierbaren Sachvermögens zu Wiederbeschaffungspreisen lediglich rund 3,6 Billionen Euro.[21]

Humanvermögensbildung ist aber nicht nur das Ergebnis von Prokreation und Sozialisation, sondern generell das Resultat von Haushaltsproduktion und Konsum – oder sollte dies zumindest sein. Güterkonsum ist keine Gütervernichtung, sondern dient der Erhaltung und Entwicklung der Vitalfunktionen der Haushaltsmitglieder, d. h. der Kompensation des permanenten Energieabflusses und dem Wachstum sowie der Gewinnung von Lebenszufriedenheit. Es könnte zwar in Zweifel gezogen werden, dass jede Art konsumtiver Tätigkeit zur Bildung von Humanvermögen führt, z. B. bestimmte Arten von Medienkonsum, aber dieser Einwand gilt gleichermaßen für (vermeintlich) produktive Aktivitäten, z. B. bestimmte Verwaltungsarbeiten, und ist nur schwer zu prüfen. Tatsächlich wird prinzipiell auch durch Arbeit, insbesondere Erwerbsarbeit, Humanvermögen gebildet, aber ohne Konsum ist Arbeit unmöglich.

Aus einer *nicht* der ökonomischen Modelltradition folgenden Sicht ist sowohl die Differenzierung zwischen produzierenden Unternehmen und konsumierenden Haushalten als auch die Vorstellung, Produktion sei Gütererzeugung und Konsum sei Gütervernichtung, als zumindest einseitig zu beurteilen und zurückzuweisen. Denn jeder Produktionsprozess ist ein Transformationsprozess, in dem die Einsatzgüter untergehen, um neue, andersartige Produkte hervorzubringen. Dass dies nur für Unternehmen und andere abgeleitete Betriebe, aber nicht für Privathaushalte gelten soll, ist Ausdruck eines veralteten Theorieverständnisses. Hier wird der *entgegengesetzte Standpunkt* vertreten, dass sich nämlich die Privathaushalte von vorgelagerten Betrieben lediglich mit Vorleistungen für ihren Haushaltsprozess versorgen, die Endkombination in einem arteigenen Haushaltsproduktionsprozess vornehmen und den Konsum organisieren, *um Humanvermögen und Lebenszufriedenheit zu produzieren*. Konsum ist demnach – in Abwandlung einer von Josef Alois Schumpeter zur Charakterisierung von Kapitalvernichtung im Wettbewerb geprägten Metapher – ein „Prozess der schöpferischen Zerstörung“ bzw. sollte in diesem Sinne gestaltet werden können.[22] Dazu bedarf es

20 *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu den Beitrag von Lothar Krappmann in dieser Ausgabe.

21 Vgl. Deutscher Bundestag, Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bundestags-Drucksache 12/7560, Bonn 1994, S. 144 – 145.

22 Vgl. Josef A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Einleitung von Edgar Salin, zweite, erw. Aufl., München 1950, S. 134 – 142; vgl. dazu Michael-Burkhard Piorkowsky, Konsum aus Sicht der Haushaltsökonomik, in: Doris Rosenkranz/Norbert F. Schneider (Hrsg.), Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven, Opladen 2000.

einer entsprechenden Bildung und häufig auch einer ergänzenden Beratung.

V. Private Haushalte in der schulischen Allgemeinbildung

In der auf Haushalt und Wirtschaft bezogenen schulischen Allgemeinbildung wird dies alles völlig unzureichend reflektiert, denn die Lehrpläne und Schulbücher sind defizitär.[23] In der Primarstufe können wirtschaftliche Themen lediglich aspekthaft im Sachunterricht behandelt werden. In den Sekundarstufen I und II gibt es in den Bundesländern nach Inhalt und Verpflichtungsgrad unterschiedliche Angebote von Fächern mit wirtschaftlichem Inhalt. Das Fach Hauswirtschaft beschränkt sich weitgehend auf die Betrachtung des Binnensystems des Privathaushalts und die Beschaffung von Marktgütern. Ein Fach oder Lernfeld „Wirtschaft" ist eher die Ausnahme als die Regel. Was gegebenenfalls diesbezüglich an Gymnasien angeboten wird, zeigt eine Analyse der Lehrpläne für Gymnasien der 16 Bundesländer. Die paradigmatische Ausrichtung und inhaltliche Konzeption der ökonomischen Bildung in den Wirtschaftsfächern wird dort wie folgt zusammengefasst: 1. Konsum und Markt, 2. (Erwerbs-) Arbeit und Produktion, 3. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte und Wirtschaftspolitik, 4. Soziale und ökologische Probleme, 5. Internationale Wirtschaftsbeziehungen.[24]

Das gegenwärtig dominierende Bild von Haushalt und Familie in den Wirtschaftsfächern und den wirtschaftsnahen Fächern ist an der Normalfamilie und dem Normalarbeitsverhältnis mit sozialstaatlicher Absicherung der Risiken bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie im Alter orientiert. Betrachtet wird somit die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft von Eltern mit Kindern, abhängig vollzeitbeschäftigtem Hauptverdiener mit hauptverantwortlich haushaltsführender Partnerin und – hinsichtlich der Konsum- und Finanzwirtschaft – die Ausgabenseite des Geldbudgets. Idealerweise sind die Haushaltsmitglieder folglich Nachfrager von Konsumgütern und Erwerbsarbeitsplätzen, sie erfüllen ihre Rollen im Beruf sowie im hauswirtschaftlichen Bereich und in der Familie und stützen sich dabei auf die materielle Infrastruktur und die monetären Transfers des Sozialstaats.

Auch in Reformvorschlägen von Wirtschaftsverbänden bleiben die oben angesprochenen Wandlungen von der modernen „Vollkasko-Gesellschaft" (Kurt H. Biedenkopf) zur postmodernen Gesellschaft mit eigenverantwortlichen Hauswirtschaften ganz weitgehend unberücksichtigt.[25] Private Haushalte, auch Familienhaushalte, werden lediglich als „Elemente" eines Wirtschaftskreislaufs in ihren Funktionen als Arbeitnehmer und Konsumenten betrachtet. In dem zu Grunde gelegten traditionellen Modell des Güter- und Geldkreislaufs zwischen Haushalten und Unternehmen werden ausschließlich ökonomische Transaktionen betrachtet, die mit Geldströmen verbunden sind. Haushalte und Unternehmen sind immer schon vorhanden. Getauscht werden Arbeit gegen Geld und Geld gegen Konsumgüter. Haushaltsproduktion und Bildung von Humanvermögen werden nicht berücksichtigt. Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und nachbarschaftliche soziale Netze kommen nicht vor. Dies entspricht einem nicht mehr zeitgemäßen Bild der Wirtschaft: Mehr als die Hälfte der ökonomischen Ressourcen und Transaktionen bleibt unberücksichtigt, und dies betrifft sogar den wichtigeren Teil.

Damit aber die Schülerinnen und Schüler zunehmend ihren individuellen Lebensweg gestalten und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Funktionen erkennen und erfüllen können, benötigen sie nicht nur partielles Instrumentalwissen, sondern – zunächst und grundlegend – Orientierungswissen. Die Orientierung muss in der Aufklärung über die Voraussetzungen und Folgen der

23 Vgl. Hildegard Rapin (Hrsg.), Der private Haushalt im Unterricht. Eine Schulbuchanalyse aus haushaltswissenschaftlicher und didaktischer Sicht, Frankfurt/M. – New York 1990; Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V., Arbeitsmaterialien zur Bildung für den Haushalt. Übersicht über Wochenstundenzahlen sowie Themen und Inhalte des auf den Haushalt bezogenen Unterrichts in Richtlinien und Lehrplänen für die Sekundarstufe I in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, dritte, überarb. und erw. Aufl., Aachen, Oktober 1992; Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaftliche Bildung an allgemein bildenden Schulen. Bericht der Kultusministerkonferenz vom 19. 10. 2002, Berlin o. J.

24 Vgl. Hans Jürgen Schlösser/Birgit Weber, Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, entstanden im Rahmen des Pilotprojekts „Wirtschaft in die Schule!", mit einem Beitrag von Hans Kaminski, Bertelsmann Stiftung/Heinz Nixdorf Stiftung/Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Gütersloh 1999.

25 Vgl. Rüdiger von Rosen/Deutsches Aktieninstitut e. V. (Hrsg.), Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zur Einführung des Schulfachs Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen, Frankfurt/M. 1999; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)/ Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (Hrsg.), Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsame Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Berlin 2000; Hans Kaminski, Die Bedeutung der ökonomischen Bildung in allgemeinbildenden Schulen, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 117 (2000) 9, S. 389 – 393.

strukturgebenden Funktion der Individuen, Haushalte und Familien bestehen. Weil die Wirtschaft ein Zentralbereich in modernen und postmodernen Gesellschaften ist und die Privathaushalte die basalen Akteure sein müssen, ist es notwendig, entweder ein eigenständiges Fach oder Lernfeld „Sozioökonomie/Wirtschaft“ in allen Schulstufen und Schulformen zu etablieren, das eine angemessene Thematisierung der Hauswirtschaft in ihrer Bedeutung für die Einzelnen und die Gesellschaft bietet, oder – falls eine Konsenslösung im Fächerverbund nicht gelingt – ein solches eigenständiges Fach oder Lernfeld „Haushalt/Hauswirtschaft/Familie“ einzuführen.[26] Die anstehende Revision von Lehrplänen sowie die in Aussicht genommene Einführung der Ganztagsschule bietet gute Möglichkeiten, über die Verankerung im Unterricht und die Ausbildung von Lehrkräften zu beraten.

Internetverweise des Autors:
Über ein Konzept für
die Erwachsenenbildung informiert:
www.neuehauswirtschaft.de

Das Konzept wird umgesetzt ab Februar 2003:
www.lernerfolg.vzbv.de

Die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.
ist unter folgender Adresse zu erreichen:
www.dghev.de

26 Vgl. dazu Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. (Hrsg.), Kompetent im Alltag. Memorandum für eine haushaltsbezogene Bildung: frühzeitig, aufbauend, lebenslang. Wege zu einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Bildung, Aachen 2001; Michael-Burkhard Piorkowsky, Wirtschaftliche Allgemeinbildung in den Schulen, in: Dieter Korczak (Hrsg.), Bildungs- und Erziehungskatastrophe. Was unsere Kinder von uns lernen sollen, Interdisziplinäre Studien, Bd. 25, Opladen 2003 (i. E.).

Lothar Krappmann

Kompetenzförderung im Kindesalter

I. Prekäre Balancen im Alltagsleben

Der Alltag der überwiegenden Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland – das sind fünf Sechstel der Menschen – wird vom Zusammenleben mit anderen Menschen in einem privaten Haushalt geformt.[1] Die Art und Weise der Absprachen, die in diesem Haushalt über alltägliche Ziele, Aufgaben und Arbeitsverteilungen getroffen werden, entscheidet weitgehend darüber, ob diese Menschen gemeinsam „gutes Leben" verwirklichen können. Aus der Perspektive dieses sozialwissenschaftlichen Zugangs soll in diesem Beitrag untersucht werden, welche Kompetenzen Menschen benötigen und wann und unter welchen Bedingungen sie diese ausbilden, um mit anderen gemeinsam zufriedenstellend leben zu können.

Es gibt Zweifel daran, dass alle Menschen voraussetzungslos in der Lage sind, ihren Alltag befriedigend zu gestalten. Wie berechtigt diese sind, zeigen Überschuldungen von Haushalten, Zerwürfnisse mit Nachbarn, die bis vors Gericht getragen werden, Taschengeldstreitereien mit Kindern oder auch die schwierigen Probleme, die nach einem Arbeitsplatzverlust oder bei Krankheit auftreten. Manche Ehe und Familie zerfällt aufgrund der Unfähigkeit, landläufig als trivial bewertete Alltagsprobleme bewältigen zu können, und nicht etwa deshalb, weil außergewöhnliche Konflikte nicht gelöst werden. Zahlreiche Beobachtungen bestätigen, dass Menschen nicht nur bei extremer Beanspruchung, sondern generell in ihrem Alltag – „alltäglich" – in kleinere und größere Pannen, aber auch in schwer wiegende Krisen und Katastrophen geraten. Die Ursache dafür liegt nicht in fehlender Bildung, etwa dem fehlenden Abitur. Vielmehr verfügen diese Menschen nicht oder zu wenig über Fähigkeiten, die unter dem Begriff *Alltagskompetenzen* zusammengefasst werden können.[2]

Im Alltagsleben sehen sich Menschen mit Problemen konfrontiert, weil hier eine Situation falsch eingeschätzt, dort ein Termin versäumt wird, weil die rechtliche Relevanz einer Handlung nicht erkannt oder der erforderliche Aufwand falsch kalkuliert wird. Derartige Probleme verweisen bereits darauf, dass die Bewältigung des alltäglichen Lebens Anforderungen an die Menschen stellt, etwa die, aufmerksam und umsichtig zu sein, auch für scheinbar Banales; und sie signalisieren, dass dazu Wissen erforderlich ist: Man sollte sich im tagtäglichen Leben auskennen. Aber es ist noch komplizierter: Menschen können auch vor lauter Umsicht und Absicherung handlungsunfähig werden. So kann etwa der Schnäppchenjäger bei seinen täglichen Kontrollgängen durch die Läden die Erledigung wichtigerer Aufgaben versäumen. Zu aller Wachsamkeit muss noch ein Moment von Klugheit kommen; es gilt, die notwendigen Abwägungen zu steuern, um sich nicht in den Fallen des Alltags zu verfangen.

Die beschriebenen Probleme können auch zu kompletten Zusammenbrüchen führen, was auf tiefer liegende Unfähigkeiten hinweist, etwa darauf, dass jemand in einer angespannten Situation nicht die richtigen Worte findet, dass Menschen nicht merken, was ein Problem, ein Fehler, eine mitmenschliche Beziehung im Augenblick von ihnen verlangt, oder dass sie die Hilfsbereitschaft anderer überstrapazieren. Es geht also um soziokognitive Fähigkeiten, eine soziale Situation richtig einzuschätzen. Um im Alltag nicht anzuecken und Handlungsmöglichkeiten nicht falsch zu interpretieren, ist es wichtig, die Interessenlage anderer wahrnehmen zu können, sich in ihre Lage einzufühlen und dann gegebenenfalls Rücksicht nehmen zu können. Aber auch hier gibt es ein Zuviel des Perspektivenwechsels. Es gilt, einen Ausgleich unter verschiedenen Zielsetzungen zu erreichen, und dazu bedarf es auch, aber nicht nur soziokognitiver Kompetenz. Das erfordert zugleich die

1 Zwar waren im Jahr 2000 mehr als ein Drittel der Haushalte Einpersonenhaushalte. Wenn jedoch Personen die Basis der Berechnung bilden, leben nur 17 Prozent der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten und 83 Prozent in Mehrpersonenhaushalten, siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002.

2 Unter verschiedenen Rücksichten analysieren solche Alltagsprobleme Peter Büchner/Burkhard Fuhs, Der Lebensort Familie. Alltagsprobleme und Beziehungsmuster, in: dies./Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.), Vom Teddybär zum ersten Kuss, Opladen 1996; Günter Voß/Margit Weihrich, Tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie der alltäglichen Lebensführung, München 2001; Margit Weihrich/Günter Voß (Hrsg.), Tag für Tag. Alltag als Problem – Lebensführung als Lösung, München 2002; Rosemarie von Schweitzer, Heilendes und krank machendes familiales Alltagsleben, in: Franz-Michael Konrad (Hrsg.), Kindheit und Familie, Münster 2001; Gunter E. Zimmermann, Überschuldung privater Haushalte, Freiburg i. Br. 1999.

Fähigkeiten, auszuhandeln, zu kompensieren, langfristig zu denken. In der einen Situation muss man großzügig sein können, in einer anderen ist Beharrlichkeit erforderlich.

Auch die Unfähigkeit, Prioritäten zu setzen, kann zu Problemen führen: wenn man nicht weiß, was das Wichtigste ist, vor allem, was *jetzt* das Wichtigste ist, denn eine starre Rangordnung kann auch hinderlich sein. Aber welches Verhalten ist im guten Sinne flexibel, und wo beginnen Unzuverlässigkeit, Wankelmut und Leichtsinn?

Außer Kontrolle geraten kann der Alltag ferner durch Verhalten, das, solange es wohldosiert angewandt wird, das Alltagsleben ungemein erleichtert, das aber, sofern nicht auf Grenzen geachtet wird, oft in erhebliche Schwierigkeiten führt: Freundlichkeit ist so gut wie immer hilfreich, aber sie kann – wenn sie die Form von Gutmütigkeit annimmt – auch dazu führen, dass Menschen von anderen ausgenutzt werden und ihr eigenes Leben aus den Augen verlieren. Oder: Ohne ein gewisses Maß an Vertrauen, das Menschen einander entgegenbringen, würde der Alltag nicht laufen, aber Gutgläubigkeit, etwa sich entgegen widersprechenden Zeichen immer weiter auf eine zugesagte Hilfe zu verlassen, kann in große Bedrängnis stürzen.

So erfordert der Alltag oft ein Verhalten, das nicht nur an den höchsten Stufen soziokognitiver oder moralischer Kompetenz orientiert ist, sondern heftige, gelegentlich sogar fragwürdige Mittel nicht meidet, um einerseits Ansprüchen Respekt zu verschaffen, andererseits nicht von einem Regelwerk zerrieben zu werden. Der kompetente Partner einer Aushandlung muss auch einmal „fünf gerade sein“ lassen können, um den Alltag nicht an Prinzipien scheitern zu lassen, die in manchen Situationen mehr schaden als nützen. Diese Balanceakte, mit denen Menschen sich durch ihren Alltag lavieren, gehören zum pragmatischen Handeln, das Menschen beherrschen müssen, das aber nicht verantwortungslos ausgeübt werden darf, denn hilfreiche Strategien sind willkommen, gewissenlose Vorgehensweisen jedoch nicht.

Schließlich besteht der Alltag noch aus vielen Zufällen; da gibt es Glück und Pech, Verlorenes und Verlegtes, Unfälle und Krankheiten, überraschende Chancen und den seltenen Lottogewinn. Das alltägliche Leben besteht aus einer Abfolge solcher unvorhergesehener Widerfahrnisse, und sowohl die negativen als auch die positiven sind schwer in die eingespielten Abläufe zu integrieren; sie verlangen nach Bewältigungsstrategien, um von ihnen nicht aus der Bahn geworfen zu werden. Auch am glücklichen Zufall kann der Alltag scheitern, wenn Menschen mit plötzlichen Wendungen der Dinge nicht umzugehen wissen. Die Unabsehbarkeit kleinerer und größerer Geschehnisse verlangt Offenheit und Mut, sich auf Neues einzulassen sowie Chancen zu nutzen. Zugleich gilt es, Ressourcen zu bedenken und längerfristige Folgen nicht aus den Augen zu verlieren.

Kompetentes Alltagshandeln setzt voraus,
- aufmerksam zu sein und Bescheid zu wissen, aber sich im Streben nach Absicherung nicht zu lähmen;
- Empfindlichkeiten miteinander kooperierender Menschen zu berücksichtigen, aber doch auch eigene Interessen verfolgen zu können;
- Prioritäten richtig zu setzen und dennoch flexibel zu bleiben;
- pragmatisch, aber nicht unmoralisch mit Problemen umgehen zu können; und
- sich auf Unerwartetes einlassen zu können, aber doch die Übersicht nicht zu verlieren.

Auch wenn sie über diese Kompetenzen verfügen, erreichen Menschen oft nicht mehr, als sich „halbwegs“ erfolgreich durch den Alltag zu bewegen. Die richtigen Schwerpunkte zu setzen, klug mit unlösbaren Problemen umzugehen, wohldosiert zu reagieren, ist eine Lebenskunst.[3]

Diese Herausforderungen kumulieren in den „Einheiten eng verbundenen Lebens“: Jede Person dieses Alltags- und Lebensverbunds bringt ihre besondere selektive Aufmerksamkeit, ihre Sensibilität für andere, ihre Flexibilität und die Grenzen ihrer Anpassungsfähigkeit, ihre Art, Probleme pragmatisch zu lösen, und die glücklichen und unglücklichen Widerfahrnisse, die ihr zustoßen, mit und macht diese zur gemeinsamen Angelegenheit.

II. Der unbeachtete Alltag der Familie

Was ist unter dem Begriff „Einheiten eng verbundenen Lebens“ zu subsumieren? Typischerweise verstehen die Sozialwissenschaftler darunter die Familie. Sie konzentrieren sich in ihren Forschungen auf Themen wie die frühen Bindungserfahrungen, die Entwicklung der Eltern-Kind-Beziehung,

3 Vgl. Charles Lindblom, The science of „muddling through“, in: Public Administration Review, 19 (1959), S. 79–88; Wilhelm Schmid, Philosophie der Lebenskunst. Eine Grundlegung, Frankfurt/M. 2001[8].

die Konkurrenz des Ehepartner-Subsystems mit dem Eltern-Kind-System, auf Ablösung und Beziehungstransformationen in der Adoleszenz, auf Rollendefinitionen und Konflikte der Eltern – Themen, deren Bedeutung keineswegs geschmälert werden soll. Sie werden jedoch in einer Weise behandelt, in der die Alltagsebene der Auseinandersetzungen nicht oder zu wenig sichtbar wird. Fähigkeiten, die erforderlich sind, um diesen Alltag und seine Probleme gemeinsam gut zu meistern, werden im Allgemeinen nicht analysiert. Der triviale, aber entscheidende Alltag wird übergangen und damit ein wesentlicher Herd, Rahmen und Resonanzboden für Konflikte ebenso wie für Kooperation und Zuneigung.

Diese Wahrnehmungslücke hängt nicht zuletzt mit methodischen Vorgehensweisen zusammen. Vielfach werden vor allem jeweilige Zustände gemessen oder Einstellungen mit standardisierten Fragebögen abgefragt, nicht aber Prozesse analysiert, wie es sich aufdrängen würde, wenn das Alltagsleben Gegenstand der Forschung wäre. Dann stieße man auf das Beziehungssystem Familie, auf den Haushalt und auf die alltäglichen Probleme, die Familien lösen müssen, um gemeinsames „gutes Leben“ zu verwirklichen.

Der Alltag wird – wider bessere persönliche Erfahrung – für gesichertes Terrain gehalten. Es wird unterstellt, dass Menschen wissen, wie man das Leben meistert; es wird angenommen, dass sie Routinen ausbilden, Mustern folgen, mit denen allfällige Probleme bewältigt werden können.

III. Kompetenzen für den Alltag

Diejenigen, die sich mit der Entwicklung von kognitiven, sozialen und moralischen Kompetenzen wissenschaftlich auseinander setzen, neigen dazu, das, was man im Alltagsleben können muss, für mitgelernt und mitvermittelt zu halten, wenn Menschen diese Kompetenzen über alle Zwischenstufen bis zur höchsten erworben haben. Wird man dadurch „kompetent im Alltag“, dass man Fähigkeiten wie die zum Perspektivenwechsel oder zur prinzipienorientierten Urteilsbildung ins tägliche Leben übertragen kann?[4]

4 Solche Modelle präsentieren Fritz Oser/Wolfgang Althof, Moralische Selbstbestimmung. Modelle der Entwicklung und Erziehung im Wertebereich, Stuttgart 1992; Robert L. Selman, Die Entwicklung des sozialen Verstehens, Frankfurt/M. 1984; oder – näher an den Problemen des alltäglichen Wirtschaftens – Annette Claar, Die Entwicklung ökonomischer Begriffe im Jugendalter. Eine strukturgenetische Perspektive, Berlin 1990.

Kompetenz wird in dieser Sichtweise definiert als Potenz, über die ein Mensch verfügt, um ein kognitives, soziales oder moralisches Problem in Abwägung aller Argumente pro und kontra zu lösen. Untersucht wird dies unter idealen Bedingungen und ohne die Restriktionen zu berücksichtigen, denen Probanden im Alltag ausgesetzt sind: knappe Zeit, eingegangene Verpflichtungen, fehlende Erfahrung, Rücksicht auf Beziehungen, vorhandene und nicht vorhandene finanzielle und andere Mittel. Gleichsam im gemütlichen Sessel sitzend wird abgewogen, ob Heinz, um das bekannte Moraldilemma Lawrence Kohlbergs zu zitieren,[5] für seine todkranke Frau das einzig hilfreiche, aber unbezahlbare Medikament aus der Apotheke stehlen oder sich an Gesetz und Krankenkassenvorschriften halten soll.

Diese Geschichte ist hervorragend dazu geeignet herauszufinden, welche Gedanken und Begründungen einem Menschen zu Gerechtigkeit und mitmenschlicher Fürsorge im Kopf herumgehen, und das ist wahrhaftig nicht irrelevant. Aber fast jeder reale Heinz würde bei der Aktion, das Medikament beim nächtlichen Einbruch aus einer gut gesicherten Apotheke zur Rettung seiner Frau zu entwenden, im Gefängnis landen und die Ehefrau nicht einmal mehr am Krankenbett trösten können. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob die Kompetenzen, die in den entwicklungspsychologischen Modellen im Mittelpunkt stehen und deren Bedeutung für die Ausbildung menschlichen Denk- und Urteilsvermögens nicht bezweifelt werden soll, uns tatsächlich helfen, den Alltag zu meistern?

Die soziale Welt, in der mittels dieser Kompetenzen Probleme gelöst werden sollen, wird als rational und durch eindeutige Abhängigkeiten verflochten, übersichtlich und durchschaubar, nicht unter dem Druck von Engpässen, Versäumnissen und unerwarteten Ereignissen stehend und frei von Ängsten und Sehnsüchten, Zuneigungen und Vorurteilen, die in geringerem oder stärkerem Maße das Handeln von Menschen beeinflussen, angesehen.

In diesen Modellen ist der Alltag kein Fluss von Ereignissen, in dem man um des sozialen Überlebens willen mitschwimmen muss und in dem man nie an einen Punkt gelangt, an dem alles noch einmal von null auf überlegt, entworfen und in den Griff genommen werden kann.

5 Zuerst bekannt geworden durch den Aufsatz von Lawrence Kohlberg, Stufe und Sequenz, in: ders., Zur kognitiven Entwicklung des Kindes, Frankfurt/M. 1974.

IV. Daseinskompetenz als Bildungsziel

Derartige Überlegungen haben die Autoren des Fünften Familienberichts veranlasst vorzuschlagen, als fundamentales Ziel der Bildung eine Fähigkeit der Lebensbewältigung einzuführen, die sie *Daseinskompetenz* nennen.[6] Sie wollten unterstreichen, dass Leben, Wirtschaften und Es-sich-gut-gehen-Lassen im gemeinsamen Haushalt noch eine andere Art und Weise erforderlich macht, sich Problemen zu nähern und sie zu lösen, eine, die nicht auf dem mathematisch korrekten Umgang mit Informationen und Relationen beruht, sondern die sich bei Unvollständigkeit der Informationen, Knappheit der Mittel, Ungewissheit der Entwicklung der Prozesse und Widersprüchlichkeit möglicher Ziele, die sich also in typischen Alltagssituationen von Familien bewährt.

Haushalte waren schon immer Orte, an denen Entscheidungen nicht nur nach Modellen von „rational choice" gefällt wurden bzw. werden konnten, weil die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. In der (Post-)Moderne – unter dem Druck von Innovation und Wandlung, von Flexibilität und Mobilität – ist dies erst recht der Fall. Die in einem Haushalt gemeinsam Lebenden und Wirtschaftenden müssen heute unter kaum mehr durchschaubaren Bedingungen, angesichts angepriesener Chancen und eher verschwiegener Risiken, in Auseinandersetzung mit Sehnsüchten und Ängsten Pläne für gutes Leben entwerfen und Entscheidungen treffen. Die nicht mehr unbedingt an einem Ort lebende Mehrgenerationenfamilie kann nicht mehr auf die Traditionen zurückgreifen, die einst einen Haushalt stützten; sie muss die Muster ihres gemeinsamen Lebens mit Daseinskompetenz anpassen, modifizieren und zum Teil neu erfinden. Diese Überlegungen beziehen sich nicht nur auf zersplitternde Patchwork-Familien, sondern auch auf tagtägliche Probleme in den vorherrschenden Zwei-Eltern-zwei-Kinder-Familien, die sich den Veränderungen von Bildung, Beruf, Technik, Medien, Freizeit und Moral nicht entziehen können und immer wieder neu um tragfähige Arrangements ihres Zusammenlebens ringen.[7] Diese Veränderungen stellen keineswegs nur eine Bedrohung dar, sind nicht nur mit Verlust verbunden, sondern bieten auch Chancen, mehr aus dem Leben zu machen – vorausgesetzt, das Zusammenleben kann so organisiert werden, dass es „gutes Leben" erzeugt.

Es liegt nahe, vom „normalen Chaos" des Familienalltags zu sprechen, das sich in die Vorstellungen von Handlungstheorien kaum einfügen lässt, die aufgeklärte Voraussetzungen und wohlüberlegte Gründe für Planung und Entscheidung verlangen. Das Bild des Chaos ist verführerisch, suggeriert aber eine Situation, durch die Haushalte im Allgemeinen nicht charakterisiert sind. Der Gegensatz von rational ist nicht nur irrational, sondern auch lebensklug.[8] Der (post)moderne Haushalt ist nicht durch Chaos gekennzeichnet, er ist vielmehr ein Ort, an dem die dort Lebenden auf der ständigen Suche nach Regeln und Verfahrensweisen, nach Routinen und Erlebnissen sind, die Entlastung bringen, Unsicherheit abbauen und Zufriedenheit stiften. Viele Haushaltsmitglieder nehmen wahr, dass ihnen bei ihren Bemühungen immer wieder Fehler unterlaufen. Sie sind durchaus gewillt zu lernen; sie lesen Zeitschriften wie „Finanztest" und „Psychologie heute", Ratgeberseiten und Buchserien. Aber die Bewältigung des Alltags setzt mehr voraus als kognitives, gesichertes Wissen: Es kommt darauf an, Zusammenhänge zu erspüren, langfristige Entwicklungen einschätzen zu lernen; Aufwand und Ertrag in ein Verhältnis zu bringen; auf den richtigen Zeitpunkt für Lösungen warten zu können und zu ertragen, wenn trotz aller Bemühungen am Ende unbefriedigende Ergebnisse stehen. Es gilt, mit solchen Erfahrungen umgehen zu lernen, sich dadurch nicht frustrieren, sondern zu weiteren Anstrengungen motivieren zu lassen. Es ist wichtig, Sensibilität zu entwickeln für Unterschiede, Eigenheiten und Vorlieben, zu lernen, sich nicht nur an messbarer Effizienz zu orientieren, sondern auch Stimmungen und Gefühle einzubeziehen. Kompetenzen des „guten gemeinsamen Lebens" – *Daseinskompetenzen* – sind nicht allein anhand solcher Kriterien wie richtig oder falsch, mehr oder weniger, gerecht oder ungerecht zu messen. Eine wichtigere Rolle spielen Kriterien wie „lebbar" oder „gutes Leben", „belastend", Entwicklungen „fördernd" oder „einschränkend".

Es wird deutlich, dass diese Kompetenzen auch in weitgehend durchrationalisierten Produktions-

6 Siehe Sachverständigenkommission für den Fünften Familienbericht, Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, hrsg. vom Bundesministerium für Familie und Senioren, Bonn 1994.

7 Vgl. Ulrich Beck/Wilhelm Vossenkuhl/Ulf E. Ziegler, Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben, München 1995; Manuela du Bois-Reymond, Die moderne Familie als Verhandlungshaushalt. Eltern-Kind-Beziehungen in West- und Ostdeutschland und in den Niederlanden, in: dies. u. a. (Hrsg.), Kinderleben. Modernisierung von Kindheit im interkulturellen Vergleich, Opladen 1994.

8 Vgl. Gerd Gigerenzer, Decision making: Nonrational theories, in: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Hrsg.), International encyclopedia of the social and behavioral sciences. Band 5, Amsterdam 2001.

und Verwaltungsstätten von großer Bedeutung sind, geht es doch auch in diesen um die Auseinandersetzung mit Ungewissheit, Differenz und Wandel. Diese produktiv führen zu können, ist die Basis menschlicher Lern- und Entwicklungspotenziale.

V. Förderung von Alltagskompetenzen schon im Kindesalter?

Sollten diese *Daseinskompetenzen* bereits im Kindesalter herausgebildet werden? Zweifellos sind Kinder direkt und indirekt dem Druck, sich Handlungszwängen anzupassen und sich flexibel zu verhalten, ausgesetzt.[9] Wo und wie lernen sie, Leben mit anderen in vernünftigem Umgang mit vorhandenen Mitteln gemeinsam zu gestalten? Ein Teil dieser Kompetenzen könnte sicher in einem problem- und projektorientierten Unterricht vermittelt werden. Die Forderung, dass unsere Schulen ihre Curricula grundlegend revidieren sollten, um den Heranwachsenden nicht nur die Wissenschafts- und Sinntraditionen des Denkens zu erschließen, sondern neben vielem anderen auch Wissen, Fähigkeiten und Orientierungen für die Lebenspraxis anzubieten, ist nicht neu. Wirtschaft, Recht, Haushalt, Umwelt, Ernährung, Gesundheit gehören in die Schule. Man mag es kaum wiederholen.

Leider gibt es die Erfahrung, dass Schule Themen nicht nur erschließen, sondern auch verderben kann, wenn sie daraus Unterrichtsstoff macht. Um dem vorzubeugen, werden solche Angebote, sofern es sie gibt, möglichst nah an die Zeit herangeschoben, in der man dieses Wissen wirklich braucht: in die höheren Klassen. Aber kann die Schule in der sich so schnell verändernden Welt wirklich Heranwachsenden ein Wissen bieten, das sie in ein paar Jahren sinnvoll einsetzen können? Greift die Vermittlung von Wissen nach dem Ausgeführten nicht zu kurz? Es geht um grundlegende Kompetenzen, und diese werden in frühen Lebensjahren angelegt, in der Kindheit. Sollten aber die Kompetenzen des „guten gemeinsamen Lebens“, die Daseinskompetenzen, tatsächlich bereits in der frühen Kindheit vermittelt werden?

Die Zweifel, ob dies ein sinnvolles, erreichbares Ziel ist, entstehen vermutlich aus der Vorstellung, Kinder müssten in diesem Können unterrichtet werden. Im Kern sind jedoch diese Kompetenzen – Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme, Prioritäten gepaart mit Flexibilität, Grundsätze vereint mit Lebensklugheit, Bemühung um Wissen nicht ohne den „Mut zur Lücke“, der Blick für das Gegenwärtige und die Zukunft – gar nicht lehrbar. Sie sind „ablesbar“ von Vorbildern; sie sind „aufsaugbar“ aus Handlungszusammenhängen, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind. In dieser Hinsicht gibt es fast keine Grenze hinsichtlich des Lebensalters „nach unten“. Immer dann, wenn ein Kindergarten, eine Spielgruppe von Kindern nicht ein Kindergarten oder eine Spielgruppe *für* Kinder, sondern *mit* Kindern ist, also die Beteiligung der Kinder fördert, entstehen Situationen, in denen Kompetenzen ablesbar und aufsaugbar sind. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Familie: Der (post)moderne, nach befriedigenden Formen des Zusammenlebens suchende Familienhaushalt ist ein wichtiger Ort des Lernens, an dem Kompetenzen ebenfalls nicht in erster Linie durch Belehrung, sondern vor allem durch Vorbild und Mitmachen vermittelt werden.[10]

VI. Kompetenzförderung in Kindergarten, Schule und Familie

Kann also alles so bleiben, wie es ist? Nein, denn die Förderung einer Bildung für die Bewältigung des Alltags durch die Herausforderung von Initiative, von selbstregulierenden, Vorgehen und Erfolg kontrollierenden und Interessen koordinierenden Strategien der Kinder befindet sich noch längst nicht auf einem gutem Stand.

Zum einen fehlt es in den Kindereinrichtungen an entwicklungspsychologischen Kenntnissen: über wachsende Selbstwirksamkeitserfahrungen, über sich langsam bildende Überzeugungen, Ziele erreichen zu können, über sich entwickelnde Einsichten in Zusammenhänge zwischen Mitteln und Erfolg und über das sich erweiternde Repertoire von Aushandlungsfähigkeiten. Unsere Erzieherinnen und Erzieher benötigen eine qualifiziertere Ausbildung.

Zum anderen gibt es in der Pädagogik der Kindereinrichtungen kaum Modelle, um diese für praktisches Handeln grundlegenden Entwicklungen

9 Vgl. Georg Breidenstein/Helga Kelle, Alltagspraktiken von Kindern in ethnomethodologischer Sicht, in: Michael-Sebastian Honig/Andreas Lange/Hans Rudolf Leu (Hrsg.), Aus der Perspektive von Kindern?, Weinheim 1999; Gerd Harms/Christa Preissing (Hrsg.), Kinderalltag, Berlin 1988; Helga Zeiher/Hartmut J. Zeiher, Wie Kinderalltage zustande kommen, in: Christa Berg (Hrsg.), Kinderwelten, Frankfurt/M. 1991.

10 Vgl. Lothar Krappmann, Bildung als Ressource der Lebensbewältigung. Der Beitrag von Familie, Schule und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Bildungsprozess in Zeiten der Pluralisierung und Flexibilisierung der Lebensverhältnisse, in: Richard Münchmeier/Hans-Uwe Otto/Ursula Rabe-Kleberg (Hrsg.), Bildung und Lebenskompetenz, Opladen 2002.

gezielt zu fördern.[11] Viel ist über die Rolle der erlebten Selbstwirksamkeit in Lernprozessen und in der Persönlichkeitsentwicklung bekannt, aber dieses Wissen wurde bislang nicht in didaktische Arrangements umgesetzt. Auf dieselben pädagogischen Umsetzungsmängel stoßen wir, wenn wir die Schulen betrachten, auch die Ganztagsschule, die nun die Antwort auf die PISA-Misere sein soll. Es böten sich zweifellos gute Chancen, durch die zeitliche Ausdehnung des gemeinsam gestalteten Schullebens die Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags zu erhöhen. Aber dazu reicht es nicht, das Vormittagslernen am Nachmittag fortzusetzen. Ohne pädagogisch konzipierte Projekte, die Selbstwirksamkeit, Aushandlung, Handlungskontrolle und Planungsfähigkeit durch gemeinsames Leben, Verwalten und Haushalten in Schule, Klasse und Arbeitsgemeinschaft herausfordern, dürfte der Fortschritt eher gering sein.

Wenn Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern vermehrt Grundlagenwissen vermittelt wird, kann auch Reflexion einsetzen, um die aufgenommenen Handlungsmuster zu sichern. Dann können sie die Erfahrungen der Kinder mit diesen zusammen verbalisieren und dadurch bewusst machen, was und wie man etwas gemeinsam getan hat. Irving E. Sigel spricht von der notwendigen Distanzierung vom unmittelbar Erlebten, die in Gesprächen und gemeinsamem Nachdenken erfolgt und durch die Erfahrenes zu Gelerntem wird.[12]

Die Erfahrung, dass sich gemeinsames Leben angesichts knapper Mittel und unterschiedlicher Erwartungen aushandeln und gestalten lässt, kann dann zum Fundament für systematische Lernprozesse werden, denn ältere Kinder und Jugendliche benötigen umfangreichere Kenntnisse über ökonomische, rechtliche, ökologische und Wohlbefinden fördernde Zusammenhänge, als ihnen heute vermittelt wird. Ein spiralförmiges Curriculum würde die Herausforderungen an die Kompetenzentwicklung mehrmals aufgreifen und sie zunächst in überschaubare gemeinsame Handlungsvollzüge im Kindesalter wie das gemeinsame Frühstück im Kindergarten einbetten, dann in zunehmend reflektierteren Projekten in der Grundschule hervorlocken und einüben und schließlich in kritischer Auseinandersetzung in höheren Schulstufen bewusst verfügbar und kritisch beurteilbar machen.

Nicht vergessen werden sollte, dass die Familie selbst die erste Bildungsstätte für den Erwerb von Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags ist. Dass so oft vorgeschlagen wird, in Schulen oder Familienbildungsstätten junge Männer und Frauen auf gelingendes Familienleben vorzubereiten, ist darauf zurückzuführen, dass nicht wenige Familien sich schwer tun, ein befriedigendes Familienleben zu verwirklichen. Nicht nur Unvermögen, sondern auch die schwierigen Rahmenbedingungen sind dafür verantwortlich: Mütter und Väter, Frauen und Männer reiben sich an zahlreichen Problemen auf, mit jedem zusätzlichen Kind sinkt das Pro-Kopf-Einkommen der Familie, es gibt zu wenig außerfamiliale Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder, Familien- und Berufstätigkeit lassen sich nur schwer vereinbaren, die Zeit ist für alles zu knapp, die Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Partizipation sind eingeschränkt.

Die Familie ist die erste Bildungsstätte der Kinder, gerade auch im Hinblick auf *Daseinskompetenzen*. Dass es einer gewissen Anstrengung bedarf, familiäres Zusammenleben zu gestalten, wirkt durchaus stimulierend auf die Herausbildung von Kompetenzen. Die Fülle der oben genannten Probleme vermindert jedoch die Chance, konstruktive Erfahrungen zu vermitteln, erheblich. Versuche, Eltern und Kindern zu helfen, entsprechende Kompetenzen an anderer Stelle, etwa in den Schulen, zu entwickeln, werden dann wenig fruchten, wenn die Handlungs- und Gestaltungsspielräume in der Familie durch Belastungen zu stark eingeengt werden, vorhandenes Potenzial somit erdrückt wird.[13]

Unter Bedingungen, unter denen die Familie in der Lage ist, ihren Alltag konstruktiv zu gestalten, kann sie von der Bewusstmachung und Reflexion der Alltagsgestaltung profitieren, lernen, wie man den Alltag kompetent gestaltet. Dann gewinnt nicht nur die Familie, sondern auch die Schule. Wenn – umgekehrt – das gemeinsame Leben nicht gut funktioniert, dann werden die Forderungen der Schule bald zu Belastungen des Haushalts. Gelingt jedoch gutes Leben, dann sind auch Energien für das Lernen in der Schule und für bürgerliches Engagement da bzw. können aktiviert werden. Die Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, den Ort, an dem Menschen miteinander leben, den Haushalt, zu unterstützen: durch die Vermittlung von Kompetenzen, denn diese Einheit gemeinsam wirtschaftender Menschen ist ein entscheidender Schnittpunkt unserer Sozialwelt.

11 Schritte dazu sind zu finden in Wassilios E. Fthenakis/ Martin R. Textor (Hrsg.), Pädagogische Ansätze im Kindergarten, Weinheim 2000.

12 Vgl. Irving E. Sigel, The distancing hypothesis, in: Marshall R. Jones (Hrsg.), Miami Symposium on the Prediction of Behavior. Effects of Early Experience, Coral Gables, FL 1970.

13 Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart 2002.

Edda Müller/Hildegard Mackert

Bildung für Haushalt und Konsum als vorsorgender Verbraucherschutz

„Kluge Verbraucherpolitik sucht die Balance zwischen staatlichen Regulierungen zum Schutz der Verbraucher und der Aktivierung der Konsumenten. In einer Wirtschaftsordnung, die neben eigener Wachstumsdynamik auch den Zwängen gemeinsamer Standards im Binnenmarkt sowie eines Welthandelsabkommens ausgesetzt ist, haben staatliche Allmachtsvorstellungen keinen Platz."[1] Dieses Zitat der Bundesverbraucherministerin bringt den Zusammenhang zwischen Verbraucherpolitik und Verbraucherbildung auf den Punkt, ohne Bildung auch nur erwähnen zu müssen.

Während Verbraucherpolitik es sich u. a. durch die Instrumente der Gesetzgebung, durch behördliche Kontrolle und Überwachung zur Aufgabe machen muss, für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher[2] zu sorgen, zielt Verbraucherbildung auf deren Aktivierung zu eigenverantwortlichem Handeln. Die Aktivität der Verbraucher und damit das Ziel der Verbraucherbildung besteht vor allem in der Übernahme von Verantwortung für Konsumentscheidungen und in der Ausbildung der Fähigkeit zur Gegenwehr, d. h. der Entwicklung von psychischem Widerstand gegen Beeinflussungsversuche, um auf Marketingstrategien angemessen reagieren zu können.

In einer Gesellschaft, die zunehmend von Marktprozessen gesteuert wird und in der sich technologischer und soziologischer Wandel beschleunigen, ist das Management des privaten Haushalts und des täglichen Lebens keineswegs so einfach und banal, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Verbraucher sind durch die vielen Facetten der Alltagsgestaltung sowie des allmählichen Rückzugs des Staates aus der Daseinsfürsorge mit den unterschiedlichsten Anforderungen konfrontiert. Für deren Bewältigung vermittelt ihnen heute die Schule bei weitem nicht alle erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen.[3] Darunter fallen insbesondere Konsumkompetenzen. Sie wollen gelernt und eingeübt sein. Ziel der Bildung ist die Befähigung zum mündigen Konsumenten, der in der Lage ist, auf der Basis von Werten und Sachinformationen seine Entscheidungen zu treffen. Auftrag der Schule sollte es sein, ethische Werthaltungen wie soziale und ökologische Verantwortung auch in Bezug zu setzen zu dem Handeln als Konsument. Darüber hinaus muss die Fähigkeit entwickelt werden, Sachinformationen einzuordnen, zu bewerten, zu gewichten und in Alltagshandeln umzusetzen. Hier setzt Bildung für Verbraucher an.

Viele Regelungen, wie zum Beispiel das im Bundesrat abgewiesene Verbraucherinformationsgesetz (das allerdings wieder auf den Weg gebracht werden soll), das Bio-Siegel oder die Rentenreform, die so genannte „Riester-Rente", können nicht richtig greifen, wenn sie nicht genutzt werden. Nur der gebildete, entscheidungs- und handlungsbereite Verbraucher ist dazu in der Lage. Darüber hinaus ist Bildung die Voraussetzung für einen vorsorgenden Verbraucherschutz. Nur der informierte Verbraucher ist fähig, seine Konsumentenrolle aktiv und verantwortlich wahrzunehmen und somit sich selbst und die Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen des Konsums zu schützen.

In den folgenden Kapiteln werden wir Überlegungen anstellen, wie Bildung für Verbraucher verknüpft ist mit dem Ziel eines vorsorgenden Verbraucherschutzes und dem Konzept des Nachhaltigen Konsums und welche Vorstellungen über Bildungspolitik und Curriculumentwicklung daraus abzuleiten sind.

---

1 Renate Künast, Die Chance in der Krise: Qualität verlangen, in: Jürgen Lackmann (Hrsg.), Verbraucherpolitik und Verbraucherbildung: Beiträge für einen nachhaltigen Verbraucherschutz, Weingarten 2002, S. 61.

2 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur die maskuline grammatische Form verwendet. Selbstverständlich ist die feminine Form immer mitgemeint.

3 „Sehr einfach gesprochen, ist mit alltäglicher Lebensführung das gemeint, was Menschen den ganzen Tag und jeden Tag aufs neue alles tun. Dabei . . . geht (es) um die Art und Weise, wie man die vielfältigen Dinge des Alltags praktisch regelt und miteinander vereinbart." Karin Jurczyk, „Die Arbeit des Alltags" – Unterschiedliche Anforderungen in der alltäglichen Lebensführung von Frauen und Männern, in: Stiftung Verbraucherinstitut, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (Hrsg.), Focus Alltag, Frankfurt/M. 1995. Damit wird in den Blick gerückt, dass die alltägliche Lebensführung keineswegs aus automatisierten Abläufen besteht, sondern sie ist ein mit Arbeit und Zeitaufwand verbundener aktiver Prozess, die einzelnen Bereiche des Alltags, die jeweils einer eigenen Logik folgen, miteinander in Einklang zu bringen. Um Aktivität und Gestaltungsmöglichkeit stärker zu betonen, wird auch von Alltagsgestaltung gesprochen. Vgl. Claudia Empacher, Zielgruppenspezifische Potenziale und Barrieren für nachhaltigen Konsum, Vortrag bei der Tagung „Nachhaltiger Konsum? Auf dem Wege zur gesellschaftlichen Verankerung", 29./30. 11. 2001, zitiert nach www.isoe.de, ohne Seitennummerierung.

I. Vorsorgender Verbraucherschutz

Eines der Leitbilder moderner Verbraucherpolitik ist die Vorsorge, d. h. die Vermeidung von Nachteilen des Konsums für die Verbraucher und hinsichtlich der Erreichung akzeptierter kollektiver gesellschaftlicher Ziele.[4] Vorsorgender Verbraucherschutz setzt nicht erst bei Produkten und Dienstleistungen am Markt an, sondern umfasst die der Vermarktung vorgelagerten Produktionsprozesse. Beim vorsorgenden Verbraucherschutz geht es z. B. um die Vermeidung gesundheitlicher individueller Risiken ebenso wie um die Vermeidung von Kosten für das Solidarsystem des Gesundheitswesens. Es geht auch um die Verhütung nachteiliger Auswirkungen der Warenproduktion auf die Umwelt und auf soziale Belange wie den Arbeitsschutz und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dies betrifft nicht nur den täglichen Warenkonsum. Vorsorgender Verbraucherschutz umfasst auch Fragen der Verschuldungsprävention sowie z. B. Regelungen und Informationen zu den besten Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge.

Der Auftrag zu einem vorsorgenden Verbraucherschutz richtet sich an alle beteiligten Akteure: die Politik, die anbietende Wirtschaft, die Verbraucherorganisationen und die einzelnen Verbraucher:

– Die Politik muss die Rahmenbedingungen für einen vorsorgenden Verbraucherschutz gestalten. Zu den Rahmenbedingungen gehören u. a. wirksame Instrumente zur Garantie eines fairen Wettbewerbs sowie zur Sicherung der Transparenz des Anbieterverhaltens etwa in Form eines Verbraucherinformationsgesetzes. Es gehört hierzu insbesondere die Gestaltung einer Bildungspolitik, die es den Verbrauchern ermöglicht, als mündige Konsumenten im Marktprozess zu agieren.

– Die Rolle der Wirtschaft ist es, Entscheidungen über Investitionen, Produktwahl und Produktionsstandorte in einer langfristigen unternehmerischen Perspektive zu treffen, wirksame Eigenkontrollen durchzuführen sowie die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit von Kennzeichnungen und Informationen sowie die Wahrhaftigkeit in der Werbung sicherzustellen.

– Verbraucherorganisationen haben eine doppelte Aufgabe: Sie wirken auf den politischen Prozess ein und kontrollieren die Wirtschaftsakteure z. B. durch die Wahrnehmung kollektiver Klagerechte. Sie helfen den Verbrauchern durch Beratung und die Vermittlung von Information, sich gegen unseriöse Anbieter zu wehren und als souveräne Marktteilnehmer aufzutreten.

– Die Verbraucher schließlich müssen erkennen, dass sich aus ihren Rechten auch Pflichten ergeben. Sie sind gefordert, die Folgen ihrer Konsumentscheidungen zu bedenken. Dies sind – auf der Makroebene – ökologische und soziale Folgen, die sich aus den Produktionsbedingungen von Gütern ergeben, aber auch – auf der Mikroebene – Folgen für das private Budget und die eigene Gesundheit.

Vorsorgender Verbraucherschutz bedeutet also für alle Akteure die Übernahme von Verantwortung für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung einer intakten Um- und Mitwelt im unmittelbar privaten und im gesellschaftlichen Sinne. Dabei ist das Handeln der privaten Haushalte immer auch beeinflusst durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die fördernd oder einschränkend wirken können, umgekehrt kann das Verhalten der Verbraucher rückwirken auf Politik und anbietende Wirtschaft.

II. Nachhaltige Entwicklung und Nachhaltiger Konsum

Bereits 1987 forderte der Brundtland-Bericht[5] der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Wir benötigen ein Konzept globaler Entwicklung, „das die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Auf diese Definition Nachhaltiger Entwicklung hat sich die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ 1992 in Rio de Janeiro verständigt. In der dort verabschiedeten Agenda 21 wird die Herbeiführung „nachhaltiger Produktions- und Konsum-

4 Vgl. Edda Müller, Grundlinien einer modernen Verbraucherpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 24/2001, S. 6–15.

5 1983 gründeten die Vereinten Nationen die Internationale Kommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) als unabhängige Sachverständigenkommission mit dem Auftrag, einen Perspektivbericht zur langfristigen, tragfähigen und umweltschonenden Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus zu erarbeiten. Dieser Bericht wurde 1987 unter dem Titel „Our Common Future“ veröffentlicht und ist auch bekannt als „Brundtland-Bericht“, benannt nach der Vorsitzenden der Kommission, Gro Harlem Brundtland, der damaligen Ministerpräsidentin von Norwegen. Der Brundtland-Report und weitere Berichte lieferten die Grundlage für die weltweite Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro.

muster“ als zentrales Handlungsfeld benannt, um eine Nachhaltige Entwicklung zu erreichen.[6]

Nachhaltige Entwicklung steht für eine Verbindung von ökonomischer Beständigkeit, dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Diese drei Aspekte können nicht voneinander getrennt oder gar gegeneinander ausgespielt werden.[7] Es geht also darum, tragfähige Entwicklungsszenarien zu entwickeln, die den Wechselwirkungen zwischen Sozialem, Ökologie und Ökonomie Rechnung tragen.

Die Ökonomie muss sich z. B. durch die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien und effizienterer Produktionsverfahren dem Globalisierungs- und internationalen Konkurrenzdruck stellen und Alternativen entwickeln, die ökologisch und sozial verträglich sind. Im Interesse des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen müssen Schadstoffeinträge und Ressourcenverbrauch so reduziert werden, dass weder die ökonomische Handlungsfähigkeit leidet noch soziale Härten – z. B. mehr Arbeitslosigkeit – entstehen. Bei dem sozialen Auftrag geht es um die Bewahrung der gesellschaftlichen und politischen Stabilität in den Industrieländern und darum, eine globale soziale Gerechtigkeit so zu erreichen, dass auch bei zunehmender Weltbevölkerung und Verstädterung die Umweltbelastungen sinken und sich die Länder der „Dritten Welt“ entwickeln können.

Diese drei Dimensionen der Nachhaltigkeit sichern zugleich die Grundlagen für eine gedeihliche Volkswirtschaft. Sie sichern den langfristigen Erhalt der Basis für jede Produktion und jeden Konsum. Sie sorgen für gesellschaftliche Stabilität, etwa durch gerechte Löhne und humane Arbeitsplätze, für Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie regen Innovationen in der Produktentwicklung und beim Angebot neuer Dienstleistungen an und ermöglichen damit Vorteile im internationalen Wettbewerb. Sie erhalten die Umwelt und schonen die natürlichen Ressourcen.[8]

Die Verantwortung, das Konzept Nachhaltiger Entwicklung mit zu tragen und mit zu gestalten, darf nicht allein an Politik und Wirtschaft adressiert werden. Vielmehr ist dies ein Leitbild, welches das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteure erfordert, um mit Erfolg realisiert werden zu können. Mithin sind auch die Verbraucher in der Pflicht, ihr Konsumverhalten an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Konsum ist nicht nur individuelle Bedürfnisbefriedigung, sondern hat vielfältige ökologische und soziale Folgewirkungen. Damit kommt allen Konsumenten hinsichtlich ihres Nachfrageverhaltens und Lebensstils eine zentrale Rolle für die Nachhaltige Entwicklung zu.

III. Anforderungen an die Alltagsgestaltung

Die angemessene Bewältigung und Gestaltung des Alltags in Haushalt und Familie erfordert eine Fülle unterschiedlichster Kompetenzen, die aktiv eingesetzt werden müssen und eng mit den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten verknüpft sind:

– Die Pluralisierung der Lebens- und Erwerbsformen erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Bereitschaft, sich immer wieder neu in Haushalt und Beruf zu positionieren.

– Die Veränderung der Familienstrukturen hat Auswirkungen auf grundlegende Fragen der Existenzsicherung wie die Art der Ernährung und die Sorge für die Gesundheit.

– Die Wandlung der Märkte durch Globalisierung, Virtualisierung und Deregulierung sowie der Rückzug des Sozialstaats haben ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Haushalte. Nicht nur ist Mobilität am und für den Arbeitsplatz erforderlich, sondern auch die Beherrschung des Internets, sei es um einzukaufen, Reisen zu buchen oder zur Informationsbeschaffung.

– Privates Finanzmanagement ist ebenso notwendig wie kompliziert, ob es um die beste Anlageform der Ersparnisse geht oder um die private Altersvorsorge.

– Normenkonflikte und damit veränderte Verhaltensforderungen erwachsen aus sich überlagernden Werten. So kann etwa der Wunsch nach Individualität und Selbstverwirklichung mit sozial-ethischen und ökologischen Werten bei Produktion und Konsum kollidieren. Eine Fernreise z. B. dient möglicherweise der Persönlichkeitsentwicklung, kann jedoch den Erfordernissen eines sozial und ökologisch verträglichen Tourismus zuwiderlaufen. Wichtig bei solchen Wertekonflikten ist, dass der einzelne Verbraucher sie zu seiner Sache macht.

---

6 Der gesamte Text der Agenda 21 im Internet unter: http://www.oneworldweb.de/agenda21/welcome.html, zu bestellen bei: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn.

7 Siehe auch: Inforundgang bei: www.blk21.de

8 Vgl. Edda Müller, Der Nachhaltige Warenkorb, in: Unternehmen und Umwelt, 15 (2002) 2, S. 12.

Er kann die Bejahung von Werten, die kollektiven Zielen dienen, nicht anderen Akteuren überlassen. Vielmehr kann er über seinen Beitrag durch Reflexion seines individuellen Lebensstils, seiner ökonomischen Ressourcen und der Gestaltung des Alltags selbst entscheiden.

– Schließlich generieren die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien neue Verhaltensweisen bei der Beschaffung von Informationen, aber auch im Sozialverhalten und in der Kontaktaufnahme. Der Trend – wenn auch im Moment ein wenig verlangsamt – geht hin zur verstärkten Nutzung des Internets, ob bei E-Commerce und Onlinebanking, bei der Beschaffung von Gütern oder bei den neuen Formen von virtueller Kommunikation. Hier muss durch die Vermittlung entsprechenden Grundwissens über Handhabung, Chancen und Risiken die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gesichert werden.

Kurz – und mit Ernst Bloch gesprochen –: „Das Leben ist interdisziplinär“, und damit natürlich auch der Alltag.

Haushalte müssen in der Lage sein, auf die Veränderungen und Anforderungen ihrer Lebenswelt selbstbestimmt zu reagieren, und sollten durch Bildungsangebote dabei unterstützt werden. Das Verhaltens- und Kenntnisrepertoire zur Bewältigung der Alltagsanforderungen hinsichtlich des persönlichen Haushalts- und Finanzmanagements ist defizitär: Viele Menschen sind z. B. nicht in der Lage, fundiert die Haushaltseinnahmen und -ausgaben aufeinander abzustimmen oder Versicherungsverträge zu durchschauen und sich angemessen zu versichern. Die Anzahl der verschuldeten Haushalte nimmt zu. Die Zahl der zurzeit überschuldeten Haushalte wird auf ca. 2,7 Millionen geschätzt.[9] Ernährungsverantwortung wird häufig nicht mehr selbst wahrgenommen, sondern an Fast-Food-Ketten oder an die Hersteller von *Convenience*-Produkten delegiert. Die Zahl der Menschen mit krankhaften Essstörungen und Fehlernährung steigt. So sind z. B. 51 Prozent der Erwachsenen und 23 Prozent der Kinder übergewichtig. Insgesamt verursachen ernährungsbedingte Krankheiten dem Gesundheitswesen in Deutschland derzeit jährlich ca. 75 Milliarden Euro an Kosten, das ist ein Drittel der Gesamtkosten des Gesundheitswesens.[10]

Hinsichtlich einer wirksamen Problemlösung bewegen wir uns in einer Art gesellschaftlichen Vakuums: Der Umgang mit Geld, Haushaltsführung und Konsumverhalten sind keine Themen, über die „man“ als zentrale Handlungsansätze spricht, und auch in der schulischen Allgemeinbildung stehen sie nicht im Mittelpunkt des Bildungsauftrags.

Es ist ein erklärtes Ziel des Bildungssystems, nicht nur den bekannten Fächerkanon zu bearbeiten, sondern ebenso Fähigkeiten wie Informationsbeschaffung und -bewertung, Lernbereitschaft und Flexibilität zu vermitteln, die ihrerseits wieder die Alltagsbewältigung erleichtern. Diese im Kontext allgemeiner Bildungsbemühungen stehenden Ziele gilt es aufzunehmen und mit verbraucherrelevanten Inhalten zu füllen. Dazu sollte die Leitidee der aktuellen bildungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussion, das Konzept der „fächerübergreifenden Problemlösekompetenzen“, aufgegriffen werden. Zielführend ist hier die Definition der PISA-Studie von Problemlösen als „zielorientiertes Denken und Handeln in Situationen, für deren Bewältigung keine Routinen verfügbar sind“.[11]

IV. Bildung für Haushalt und Konsum

Im Folgenden werden wir näher erläutern, was unter Bildung für Haushalt und Konsum zu verstehen und mit welchen Zielen sie zu verknüpfen ist.

Spätestens seit Herbert Spencer, dem englischen Philosophen und Sozialwissenschaftler, wissen wir: „Das große Ziel der Bildung ist nicht Wissen, sondern Handeln.“ Wie jede Form von Bildung ist auch Verbraucherbildung zum Teil Reflex auf gesellschaftliche Veränderungen und veränderte gesellschaftliche Werte. So stellte z. B. der zunehmende Stellenwert der Ökologie in der öffentlichen Diskussion in den siebziger und achtziger Jahren einen tief greifenden Paradigmenwechsel in der Verbraucherbildung dar und verschob ihren Schwerpunkt von ökonomischen Fragestellungen hin zu mehr ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit. Dem ging in den siebziger Jahren eine intensiv geführte verbraucherpolitische Diskussion voraus, deren Ergebnis eine politisch und rechtlich gestärkte Position der Verbraucher und der Ver-

9 Vgl. Gutachten der GP-Forschungsgruppe „Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999“, München 2000 (zitiert nach www.iff-hamburg.de).

10 Vgl. Gerhard Rechtkemmer, Bundesforschungs-Anstalt für Ernährung, Karlsruhe (zitiert nach http://rcswww.urz.tu-dresden.de/~ak180634/4_2.html).

11 Vgl. Erfassung fächerübergreifender Problemlösekompetenzen in PISA, OECD/PISA Deutschland, S. 3, siehe auch S. 13 (OECD, Lernen für das Leben: Erste Ergebnisse der internationalen Schülerstudie PISA 2000, Paris 2001).

braucherorganisationen war und die ihrerseits positiv auf die Bildungsbemühungen für Konsumenten zurückwirkte. Als ein Ergebnis dieser Debatte veröffentlichten die Stiftung Verbraucherinstitut und die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen bereits 1984 einen Lernzielkatalog zur schulischen Verbraucherbildung, der die generellen Lernziele „kritisches Bewusstsein, soziale Verantwortlichkeit, ökologische Verantwortlichkeit" verbunden mit der „Bereitschaft zum Handeln" formulierte. Ein an diesen Kriterien ausgerichtetes Konsumverhalten wurde als „qualitativer Konsum" bezeichnet und deckt sich in vielen Punkten mit dem heute so genannten Nachhaltigen Konsum.[12] Damit öffnete sich erstmals der Blick für die Vermittlung von Zielen und Werten in der Verbraucherbildung, die über die alleinige Nutzenmaximierung hinaus weisen.

Durch die abnehmende Handlungsautonomie des Staates und seine begrenzte Fähigkeit, für die Verfolgung kollektiver Ziele und Werte zu sorgen, durch die Auswirkungen der Globalisierung auf den individuellen Konsum, die vermehrte Wahlfreiheit der Konsumenten aufgrund der Deregulierung der Märkte und durch die Notwendigkeit zu mehr Eigenverantwortung z. B. in der Alters- und Gesundheitsvorsorge erhält die Konsumentensouveränität heute einen noch höheren Stellenwert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Aber diese Veränderungen mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf das persönliche Leben bleiben für den Einzelnen eher abstrakt, und der eigene Beitrag bleibt unklar. Die Folge ist nicht selten ein subjektives Unsicherheits- und Ohnmachtgefühl. Um von der Unsicherheit und Ohnmacht zur „Bereitschaft zum Handeln" zu kommen, ist Bildung notwendig. Sie muss helfen, eine Brücke zu schlagen zwischen globalen Herausforderungen, gesellschaftlichen Aufgaben im eigenen Land und der persönlichen Lebenssituation der Einzelnen.

Bildungsangebote sollten nicht nur gesellschaftliche Veränderungen verständlich machen, sie müssen auch Erkenntnisse über den eigenen Beitrag an solchen Prozessen vermitteln. Schüler müssen darüber hinaus darauf vorbereitet werden, mit plötzlich auftauchenden Risiken umzugehen, um diese möglichst eigenverantwortlich bewältigen zu können. Als Leitbild steht hier der ethisch verantwortlich handelnde Verbraucher, der zwar als Einzelner ein Recht auf Schutz hat und die Möglichkeit zur Gegenwehr haben muss, sich aber der Konsequenzen seiner Konsumentscheidungen bewusst ist und damit auch Mitverantwortung übernimmt für künftige soziale und ökologische Entwicklungen, ob sie nun globaler oder lokaler Natur sind.[13]

Daraus ergeben sich Veränderungen im Konsumverhalten und in der Alltagsgestaltung, die alte Gewohnheiten der Beschaffung, Nutzung, des Verbrauchs und der Entsorgung von Waren außer Kraft setzen; diese müssen durch neue, nachhaltige Verhaltensweisen ersetzt werden.[14] Gleiches gilt für den Bereich der Dienstleistungen, insbesondere die persönliche Finanzplanung, für einen reflektierten Umgang mit den Medien und für die Entwicklung einer eigenen Familien- bzw. Haushaltskultur.

Es ist ein hoher Anspruch, der hier an die Verbraucher gerichtet wird. Er zeichnet – wie alle Leitbilder – das ideale Ergebnis eines Lernprozesses, das nicht eben realitätsnah erscheint, genauso wenig wie ehemals das Leitbild des „homo oeconomicus", der seine Konsumhandlungen allein nach der individuellen Nutzenmaximierung ausrichten sollte. Bei der Gestaltung des Lernprozesses, der zu einer Annäherung an das Leitbild führen soll, ist zu berücksichtigen, dass Konsum- und andere Alltagsentscheidungen immer auch soziale und psychische Implikationen haben. Häufig sind es nicht reflektierte Routinen oder auch Verhaltensweisen aufgrund von Familientraditionen. Dieser persönliche Hintergrund muss in der Bildung für Verbraucher berücksichtigt werden, um den Schritten in Richtung Verantwortlichkeit eine solide Basis zu geben.

Die in der Verbraucherbildung zu vermittelnden Voraussetzungen für verantwortliche Konsumentscheidungen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

– Konsumenten verfügen über problembezogenes Wissen und kennen mögliche Verhaltensalternativen; sie sind in der Lage, sich Informationen zu beschaffen und diese auszuwerten.

– Sie haben entsprechende Werte, Einstellungen und Haltungen für sich akzeptiert.

– Sie reagieren angemessen auf materielle oder immaterielle Verhaltensanreize, d. h., sie sind sich des individuellen Zusatznutzens einer Entscheidung bewusst.

– Schließlich haben sie die Möglichkeit, Auswirkungen ihres neuen Verhaltens zu erproben und wahrzunehmen.

12 Vgl. Verbraucherzentrale NRW/Stiftung Verbraucherinstitut (Hrsg.), Verbrauchererziehung in der Schule. Ein Zielkatalog, Düsseldorf – Berlin 1984.

13 Vgl. E. Müller (Anm. 4).

14 Vgl. auch C. Empacher (Anm. 3).

V. Der Beitrag der Schulen

Es muss im Interesse einer Gesellschaft liegen, die Menschen zur individuell und gesellschaftlich verantwortlichen Gestaltung des Alltags zu befähigen, und damit ist es Sache der Schulen, dies zu unterstützen. Bildungsangebote für Haushalt und Konsum sind in den Bundesländern und dort wieder in den verschiedenen Schultypen unterschiedlich verortet und repräsentiert. Sie finden sich z. B. wieder in den Fächern Arbeitslehre, Sozialkunde, Hauswirtschaft. Diese wiederum variieren nach Stundenzahl und in ihren Curricula.

Ebenso wie Verbraucherpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, umfasst die Bildung für Verbraucher ein breites Themenspektrum. Deshalb läge es nahe, diese in die Curricula der bereits etablierten Schulfächer zu integrieren. Für diese Lösung sprechen gewichtige Argumente: Der Fächerkanon bliebe unverändert, jedes Schulfach könnte aus der Verbraucherperspektive betrachtet werden, und eine interdisziplinäre Bearbeitung trüge der Tatsache Rechnung, dass das Thema Konsum nicht eindimensional betrachtet werden kann, sondern Auswirkungen auf viele Bereiche hat. Obwohl Verbraucherthemen in den Curricula der oben genannten Fächer enthalten sind, ist in der Praxis ihre ausreichende Bearbeitung häufig nicht gewährleistet. Verbraucherthemen werden bei der Integration in verschiedene Fächer nicht selten zugunsten von für wichtiger gehaltenen Inhalten beim Lernpensum vernachlässigt.

Der andere Weg ist die Schaffung eines eigenen Schulfachs oder Lernfeldes. Von verschiedenen Seiten wird derzeit vorgeschlagen, ein Fach „Wirtschaft“ an den Schulen einzuführen.[15] Lehr- und Lernziele dieses Fachs werden begründet mit der Notwendigkeit, junge Menschen besser auf die Erfordernisse der Arbeits- und Konsumgütermärkte und die Wahrnehmung von Aufgaben in Unternehmen und der Unternehmensführung vorzubereiten. Ihnen sollen Kenntnisse über die Rolle des Staates im Verhältnis zur Selbstregulierung des Marktsystems sowie die Mechanismen der internationalen Wirtschaftspolitik vermittelt werden.

15 Vgl. z. B. das gemeinsame Projekt der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft „Wirtschaft in die Schule!“, das in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg u. a. über den Weg der Lehrerfortbildung den Wirtschaftsunterricht stärken will (siehe auch www.bertelsmann-stiftung.de). Eine weitere Initiative kommt von der BDA und dem DGB in Zusammenarbeit mit Lehrerverbänden und dem Bundeselternrat, siehe auch: www.sowi-online.de

Eine entsprechende Initiative der Bertelsmann Stiftung wendet sich z. B. als Weiterbildungsangebot an Lehrende der Sekundarstufe II und wird auf einer Lernplattform im Internet bereitgestellt.[16]

Zu kurz kommen bei diesen Initiativen Inhalte, die sich auf die Anforderungen an die Alltagsbewältigung sowie die Beschreibung der Rolle privater Haushalte und ihrer Leistungen für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft beziehen. Dies gilt neben den Anforderungen an das Konsumverhalten beispielsweise für Fragen der Kindererziehung oder des Engagements in Vereinen und Verbänden. Zu wenig im Blick der Bildung ist hier generell der private Haushalt als Produzent von Humankapital und kollektiven Gütern.

Wir wollen hier ebenfalls für die Einführung eines Schulfaches „Wirtschaft“ plädieren, dabei jedoch Lehrinhalte, welche die Fähigkeit zur Alltagsbewältigung betreffen, stärker berücksichtigt wissen. Generell deckt ein solches Fach „Wirtschaft“ ein breites Themenspektrum ab. Es muss interdisziplinär angelegt sein und Themen aus Wirtschaft und Gesellschaft primär aus einer Haushalts- und Verbraucherperspektive bearbeiten. Neben den oben erwähnten Inhalten sollte ein Fach „Wirtschaft“ folgende Schwerpunktthemen behandeln:

- Rolle und Bedeutung der Haushalte und Familien als verantwortliche Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft;[17]
- Fragen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen des täglichen Konsums von Gütern und Dienstleistungen;
- Grundlagen über die Funktionsweisen globaler Finanz- und Konsumgütermärkte;
- Wissen über das Verhältnis von Kosten und Preisen, d. h. über das Problem der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten des Konsums;
- finanzielle Allgemeinbildung, die über Finanzdienstleistungen informiert, an der eigenen Lebenswelt ansetzt und situationsbezogen vorgeht;[18]

16 Vgl. www.oekonomische-bildung-online.de

17 Vgl. auch Michael-Burkhard Piorkowsky, Wirtschaftliche Allgemeinbildung in den Schulen, in: Dieter Korczak (Hrsg): Bildungs- und Erziehungskatastrophe? Was unsere Kinder von uns lernen sollen, Interdisziplinäre Schriftenreihe, Bd. 25, Opladen 2003 (i. E.). *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag des Autors in dieser Ausgabe.

18 Vgl. Udo Reifner, Der lernende Kapitalismus. Finanzielle Allgemeinbildung als Schuldenprävention, Institut für Finanzdienstleistungen e. V. Hamburg, Website: www.iff-hamburg.de; Version vom 24. Juli 2002.

– Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung als übergreifende regulative Idee, die eine Klammer darstellt, um die Notwendigkeit und den Beitrag individueller Konsumentscheidungen zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in einer langfristigen Perspektive zu verdeutlichen.

Ein solches Fach „Wirtschaft“ sollte in allen Schultypen der Sekundarstufen I und II eingeführt werden. In der Grundschule wären im Rahmen des Sachunterrichts erste Grundkenntnisse zu vermitteln. Um zu verhindern, dass das Fach „Wirtschaft“ zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Propädeutikum ohne konkreten Bezug zum täglichen Leben wird, sollten die Inhalte sich immer an den Erfahrungen und an der Lebenswirklichkeit der Schüler orientieren.

Gerhard de Haan hat in seinem Aufsatz „Die Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“[19] den Begriff der „Gestaltungskompetenz“ geprägt. Dabei geht es ihm nicht allein um Wissenserwerb, vielmehr soll die Bereitschaft zu aktiven Veränderungen gefördert werden. Gestaltungskompetenz umfasst neben den oben dargestellten Inhalten eine Reihe von Teilkompetenzen wie u. a. vorausschauendes Denken, weltoffene Wahrnehmung, interdisziplinäres Arbeiten, Partizipationskompetenz, Planungs- und Umsetzungskompetenz und die Fähigkeit zur distanzierten Reflexion über individuelle und kulturelle Leitbilder.

So wie wir junge Menschen im Rahmen der politischen Bildung zu Staatsbürgern erziehen wollen, müssen wir sie heute auch schulen, damit sie in einem von der Politik nur noch eingeschränkt zu steuernden Markt zu verantwortlich handelnden Marktteilnehmern werden. Sie müssen durch Bildung befähigt werden, sowohl ihren eigenen Alltag selbstbestimmt und ihrer spezifischen Situation angepasst zu gestalten als auch sich produktiv und konstruktiv in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzubringen.

19 Vgl. Gerhard de Haan, in: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik, (2002) 1.

VI. Fazit

Um vorsorgenden Verbraucherschutz zu verwirklichen, der ohne verantwortliche Konsumenten nicht erreichbar sein wird, brauchen wir ein Schulfach „Wirtschaft“. Es sollte die Leistungen aller am Marktprozess beteiligten Akteure sowie die weltweiten Zusammenhänge erklären. Ausgangs- und Mittelpunkt eines Curriculums und Bildungskanons sollte der private Haushalt und das Individuum im Sinne von Verbraucherbildung sein. Notwendig ist hierfür eine pädagogische Konzeption, die es ermöglicht, Wissensvermittlung mit der Erfahrungswelt der Schüler und ihren künftigen Aufgaben als Konsumenten, Gründer von Familien und Verantwortliche für das Management eines privaten Haushalts und die Gestaltung ihres Lebensalltags zu verknüpfen.

Internetverweise der Autorinnen:
www.vzbv.de
http://lernerfolg.vzbv.de
www.nachhaltigkeitsrat.de
www.neuehauswirtschaft.de

Dieter Korczak

Was sollen unsere Kinder von uns lernen

Neusser Thesen zur Bildungspolitik

Die veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie haben ein publizistisches Erdbeben in den Medien ausgelöst. Zum allgemeinen Schrecken befinden sich Deutschlands Schülerinnen und Schüler bestenfalls im Mittelfeld. Selbst die Kulturtechnik des Lesens wird von zahlreichen Schülern im Alter von 15, 16 Jahren schlecht beherrscht. Eifrig werden in Feuilletons und Leserbriefen Ursachenanalysen betrieben und Lösungsvorschläge unterbreitet.

Die Schwächen unseres Bildungssystems sind jedoch schon länger bekannt. Strapazierte Lehrerinnen und Lehrer, überfüllte Klassen, vollgestopfte Lehrpläne, hyperaktive, motivations- und lernschwache Schüler, schlechte Integration ausländischer Schüler und leistungsorientierte, überforderte Eltern sind seit einigen Jahren Alarmsignale.

Klagen über Bildungssysteme sind nicht neu. Im 16. Jahrhundert rügte der französische Philosoph und Essayist Michel Eyquem de Montaigne bereits, dass Sorge und Aufwand der Eltern und Erzieher auf nichts anderes abzielen, „als uns den Kopf mit Wissen anzufüllen; von Urteil und Charakter ist nicht viel die Rede ... Wir mühen uns nur, das Gedächtnis vollzupfropfen und lassen Verstand und Gewissen leer“[1].

Selbst von einem vollgestopften Gedächtnis kann bei deutschen Schülern im von UNESCO, Europäischer Union und deutscher Politik und Wissenschaft unisono verkündeten neuen Zeitalter des „lebenslangen Lernens“ nicht die Rede sein. Die „Informations- und Wissensgesellschaft“ baut auf dieses Konzept. Betrachtet man jedoch die Leistungen der Schülerinnen und Schüler von heute, kann man für die Gesellschaft von morgen, jedenfalls was Deutschland angeht, nur skeptisch sein.

Auf der Suche nach Verantwortlichen für diese Misere bieten sich „die üblichen Verdächtigen“ an: die Eltern, Erzieher und Lehrer in Kindergarten und Schule, die Institution Schule als solche, die Bildungspolitik im Speziellen, die Medien und die Wirtschaft im Besonderen und die Modernisierung der Gesellschaft im Allgemeinen.

Für die einen ist es die Krise der Väter, die als Identifikationsfiguren in der Erziehung der Jungen fast völlig ausfallen. Für die anderen bleibt echte Erziehung im Elternhaus auf der Strecke, da der Nachwuchs vor dem Fernseher oder dem Computer geparkt wird. In Deutschland sitzen beispielsweise Kinder zwischen vier und vierzehn Jahren täglich eine Stunde und 41 Minuten vor dem Fernseher, miteinander geredet wird in den Familien jedoch nur für 25 Minuten am Tag.[2] Schließlich wird als Argument ins Feld geführt, dass Mütter und Väter in ihrer verbissenen Juvenilität keine Reibungsfläche mehr für die Kinder böten, den Eltern fehle es an Erfahrens- und Wissensvorsprung.

Nach den Erkenntnissen der Hirnforschung ist unbestritten, dass das Gehirn in der Jugendphase durch die Art seiner Nutzung gewissermaßen „programmiert“ wird. Emotionale Zuwendung und Bindung liefern danach die Grundvoraussetzung für Sicherheit und Selbstwertgefühl im gesamten späteren Leben. „Das Ausmaß und die Art der Vernetzung neuronaler Verschaltungen, insbesondere im frontalen Kortex, hängt also ganz entscheidend davon ab, womit sich Kinder und Jugendliche besonders intensiv beschäftigen, zu welcher Art der Benutzung ihres Gehirn sie im Verlauf des Erziehungs- und Sozialisationsprozesses angeregt werden.“[3]

Eine Richtschnur für das eigene Lernen, um sich anzustrengen, möglichst viel Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben, muss vorhanden sein. Sie wird entweder durch das elterliche Vorbild oder durch die schulische Erziehung geliefert. In der Anwendung von und im Umgang mit dem Wissen unterscheidet sich der gebildete Mensch vom halb- und ungebildeten. Bildung ist Formung der Existenz, ist der leichte Umgang mit Wissen, ist die an Kenntnis vieler Dinge reiche Seele, ist kultivierter Geschmack und am Objekt geschulte Urteilskraft. Jürgen Oelkers weist mit Recht darauf hin, dass Bildung aber auch mit der Akzep-

Der Beitrag stützt sich auf Dieter Korczak (Hrsg.), Bildungs- und Erziehungskatastrophe? Was unsere Kinder von uns lernen sollten, Wiesbaden 2003 (i. E.)

1 Michel de Montaigne, Essais, Stuttgart 1953.

2 Die Ergebnisse der Studie der European Psychoanalytic and Psychodynamic Association sind zitiert nach einer Pressemeldung von dpa vom 4. 9. 2002.

3 Gerald Hüther in seinem Vortrag auf dem Bildungskongress in Ulm am 29. 4. 2002.

tanz von Schwierigkeiten, mit Erfahrungen des Nichtkönnens und mit herausfordernden Kränkungen des eigenen Ungenügens zu tun hat.[4] Wenn John Irving seine Protagonistin in dem Roman „Witwe für ein Jahr“ erklären lässt: „Zwar hätte sie sich mehr Bildung für einen größeren Teil der Bevölkerung gewünscht, aber zugleich war sie davon überzeugt, dass Bildung etwas war, womit die wenigsten Menschen, die ihr begegneten, etwas anfangen konnten“,[5] wird uns bewusst, worin die eigentliche Bildungskatastrophe liegt.

Eltern wie Schule müssen deshalb für sich selbst verbindliche Antworten dafür finden, wie sie ihre Erziehungsziele eingebettet sehen wollen. Geschichte, Philosophie und Literatur liefern für diese notwendige Orientierung Wegweiser, denn keiner bricht als völlig leere Hülse in die Zukunft auf. Die kulturellen Traditionen der Antike und Europas, die gemeinsame Geschichte sind Fundamente, auf die Gegenwart und Zukunft aufbauen. Zeichen wie „Tschernobyl“, „BSE“, „Klimaerwärmung“, „Prestige“[6] oder „11. September“ stehen nicht im luftleeren Raum, sondern können durch die Rückbesinnung auf vorausgegangene wirtschaftliche und politische Entwicklungen in ihrer Bedeutung erfasst und eingeordnet werden. Offensichtlich haben die Erwachsenen die Welt nicht mehr im Griff. Ungeachtet dessen erwarten die Heranwachsenden aber Antworten auf Fragen: Wie kommt man ohne Sicherheit zurecht und übernimmt gleichwohl Verantwortung? Wie kann man in einer sich verändernden Welt Prinzipien treu bleiben? Wie entwickelt man eigenständige Ansichten und Auffassungen, durch welche die Informationsflut hinterfragt werden kann?

Wenn wir die Kinder unserer Gesellschaft *zukunftsfähig* erziehen und unterrichten wollen, dann müssten wir uns das 21. Jahrhundert vorstellen können, die Lebensspanne von über drei Generationen. Das Problematische an *der* Zukunft ist jedoch, dass sie einerseits ungewiss, aber dennoch nicht gänzlich offen, andererseits von uns vor den nachfolgenden Generationen zu verantworten ist.[7] Wir wissen jedoch – trotz aller wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vorhersagen und Prognosen – nicht einmal, wie die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts aussehen werden. Die Ungewissheit darüber reduziert sich insofern, als wir nach wie vor die Vorstellungen über Menschenwürde und Demokratie, über Gewaltenteilung und den *contrat social* teilen. Die Mechanik der Machtpolitik und die *Natur* bleiben weitgehend gleich, die elektronische Revolution hat gerade erst begonnen, zumindest die nahe Zukunft wird deshalb deutliche Züge der Gegenwart tragen. Für alles Weitere tragen die gegenwärtigen Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik die Verantwortung. Sie haben sich weltweit 1992 in Rio de Janeiro dazu verpflichtet, dem Prinzip der *sustainable development* zu folgen. Wie die Nachfolgekonferenz in Johannesburg 2002 gezeigt hat, ist das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung jedoch (leider) immer noch mehr ein Schlagwort als Anleitung zum praktischen Handeln. Kinder und Schüler zukunftsfähig zu erziehen und zu unterrichten, erfordert deshalb ein gesellschaftlich formuliertes Wollen und eine gemeinsame Anstrengung von Staat, Gesellschaft, Eltern und Schulen.

Der Auftrag der Schulen ist in Abhängigkeit von den Schülerzahlen, dem Leistungsniveau, den Lerngeschwindigkeiten, dem zu vermittelnden Stoff und der dafür zur Verfügung stehenden Zeit zwangsläufig begrenzt. Aber: Ein Wandel der Schulen und der Lernkultur ist nicht erst seit PISA dringend notwendig. Es wird seit Jahrzehnten an Schulen weitgehend frontal unterrichtet; Expression, Stil, Selbstdarstellung und die Verarbeitung des Wissens spielen kaum eine Rolle, das heißt, sowohl Kreativität wie Verstehen, Umsetzen, Bewerten und Anwenden kommen zu kurz. Es geht aber auch um die Art und Weise, wie alle Beteiligten dem Phänomen des Lernens begegnen. Wie häufig ist Schule primär eine Pflichtveranstaltung für Lehrer und Schüler, in der reglementiert Zeit totgeschlagen wird? Wie viele Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler gehen mit Lust in die Schule, weil sie dort sinnvolles Wissen vermitteln bzw. für das Leben lernen können? Wir wissen es nicht. Fest steht: Das Interesse am Potenzial des einzelnen Lehrers und des einzelnen Schülers muss wachsen, so dass individuelle Förderungen bei beiden möglich sind. Für Schüler ist dies in kleinen Klassen leichter gegeben als in großen. Unverständlicherweise sind in allen Bundesländern die Klassen zu Beginn der „Lern- und Schulkarriere“ am größten. Kindern, die mit sechs Jahren in die Schule eintreten und hoch motiviert sind zu lernen, ist häufig nach den Zähmungs- und Bändigungsritualen der ersten beiden Jahre die Lust am Lernen vergangen. Nicht nur William Philipps, sondern auch Douglas Osherhoff – beide selbst Nobelpreisträger[8] – sind der Ansicht, dass

4 Vgl. Jürgen Oelkers, Und wo, bitte, bleibt Humboldt?, in: Die Zeit vom 27. 6. 2002.

5 John Irving, Witwe für ein Jahr, Zürich 1999, S. 319.

6 „Prestige“ ist der Name eines unter bahamaischer Flagge fahrenden Tankers, der mit 60 000 Tonnen Rohöl vor der Küste Galiziens im November 2002 auseinanderbrach.

7 Darauf weist eindringlich Hartmut von Hentig hin: Ach, die Werte! Über eine Erziehung für das 21. Jahrhundert, München – Wien 1999.

8 Aussagen auf dem Nobelpreisträgertreffen in Lindau laut Die Woche vom 7. 9. 2001.

der kindliche Kern, der Kreativität speist, die Neugier, den Kindern systematisch „ausgetrieben“ wird. Klassengrößen von 15 bis 20 Schülern sollten daher von der ersten Klasse an in Zukunft die Norm sein. Dies ist eine Investition in die Zukunft der deutschen Gesellschaft, für die das notwendige Geld zur Verfügung gestellt werden muss. Es reicht keineswegs, hier auf „public-private-partnership“ zu hoffen und zu vertrauen. „Wenn Fastfood-Ketten, Sportartikelhersteller und Computerkonzerne einspringen, um Finanzlücken zu schließen, bringen sie ihr eigenes Bildungsprogramm mit . . . Sie kämpfen darum, dass ihre Marken nicht mehr Zusatz, sondern Gegenstand der Ausbildung werden, nicht mehr Wahlfach, sondern Kernfach.“[9]

9 Naomi Klein, NO LOGO !, München 2001, S. 105 f.

Auf der 59. Jahrestagung der Interdisziplinären Studiengesellschaft e. V. in Neuss 2002 wurde versucht, eine Brücke zwischen Elternhaus, Schule und Gesellschaft zu schlagen mit dem Ziel, einen sachgerechten Katalog für Bildungs- und Erziehungsziele sowie adäquate Unterrichtsformen zu erarbeiten.[10] Die Bewertung, ob wir uns in einer Bildungs- und Erziehungskatastrophe befinden oder nur in einer kritischen Mangelbewirtschaftung, hängt sicher vom Standpunkt des Betrachters ab. Es wäre jedoch zu wünschen, dass die in Neuss formulierten Thesen zur Bildungspolitik nicht nur Gehör finden, sondern auch umsetzungsorientiert in der Bildungspolitik aufgegriffen werden.

10 Vorträge und Empfehlungen dieser Tagung vgl. Dieter Korczak (Hrsg.), Bildungs- und Erziehungskatastrophe? Was unsere Kinder von uns lernen sollten, Wiesbaden 2003 (i. E.).

Neusser Thesen zur Bildungspolitik

1. *Für eine zukunftsfähige Gesellschaft benötigen wir die Erziehung zu Toleranz, Verantwortungsbereitschaft, Soziabilität und historischem Bewusstsein, die Förderung der Kreativität und der Fähigkeit, vernetzt zu denken. Bildung ist die immaterielle Ausstattung, die uns befähigt, uns und unsere Welt zu verstehen, die notwendigen Fertigkeiten zur Daseinsbewältigung und -gestaltung zu erwerben, Chancen zu nutzen und Gefahren abzuwehren.*

2. *Die Bildung und Stärkung unserer Persönlichkeit geschieht zuerst innerhalb frühkindlicher Bindungsbeziehungen, die wiederum die Bühne bereiten für unverzichtbare Erfahrungen in der Gleichaltrigenwelt. Das Recht des Kindes auf Achtung existiert von der ersten Minute seines Lebens an und muss sowohl von Eltern wie Lehrern respektiert werden. Denn: Erziehungskompetenz ist vor allem Beziehungskompetenz.*

3. *Die Vorbildfunktion auf allen gesellschaftlichen Ebenen muss wieder Wirklichkeit werden: Eltern, Lehrer, Politiker, Unternehmer sollten die Werte vorbildhaft vorleben, die sie predigen. Gerade die elterliche Erziehungskompetenz und Vorbildfunktion sollte unbedingt gestärkt werden (z. B. durch frühe Hilfen, Beratung, Begleitung, Entlastung).*

4. *Kindergarten und Grundschule müssen gleichwertige Systeme sein und eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz erfahren.*

5. *Viele Kinder wollen mehr lernen, als dies gegenwärtig in Kindertageseinrichtungen der Fall ist. Die Ausbildung der Erzieher/innen muss deshalb verbessert werden, es müssen stärker vorschulische Lernangebote eingeführt werden und Lern- und Erfahrungswelten für Kinder aller Milieus zur Verfügung stehen. Die (Mutter-)Sprache sollte gefördert, die Wahrnehmung sozialer Konfliktsituationen trainiert, motorisch-sensorische Fähigkeiten unterstützt werden.*

6. *Schulbildung ist mehr denn je Faktor des gesellschaftlichen Wandels und sollte die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit reflektieren. Interkulturelles Denken und Handeln ist ein Bestandteil des alltäglichen Lebens. Die Lebens- und Berufslaufbahnen sind entstandardisiert worden. Im Prozess des Wissenserwerbs müssen deshalb eigene Erfahrungen und Kompetenzen eingebracht werden können.*

7. *Die Ausbildung der Lehrer muss professionalisiert werden. Pädagogisch-psychologische Kenntnisse sowie Kenntnisse über Lernstörungen, Übungen zur Selbstreflexion und der didaktische Umgang mit Gruppen müssen ebenso Bestandteile der Ausbildung werden wie Berufserfahrungen in Form von Praktika in unterschiedlichen Berufen.*

8. *Die Schule muss wieder ihre Mitte zwischen Ideal und Realität finden.*

   a) *Vor allem in der Primarstufe sollten die Schülerzahlen klein sein (max. 15 Schüler), die Schulzeit sollte maximal 12 Jahre betragen.*

   b) *Die Lernarbeit der Kinder muss im gesellschaftlichen Bewusstsein gleichwertig zur Berufsarbeit der Erwachsenen werden.*

   c) *Lesen, Erzählen und das freie Sprechen müssen vom ersten Schuljahr an geübt werden.*

   d) *Möglichst viele Lehrinhalte sollten mit einer Anwendungsmöglichkeit verbunden, Projektarbeit sollte Bestandteil jeder schulischen Arbeit werden.*

   e) *Das pädagogische Gespräch über die Schüler (und mit ihnen) muss institutionalisiert werden: Lehrer brauchen grundsätzlich Supervision und Raum für die Selbstreflexion.*

   f) *Die festen, verbindlichen Lernfelder sollten sein: Deutsch, Mathematik, Geschichte/Erdkunde, Fremdsprachen, Naturwissenschaft, Sport, Kunst/Musik, Philosophie.*

   g) *Es sollte eine umfassende „Allgemeine Wirtschaftslehre" für den Schulunterricht entwickelt und an allen Schulformen und -stufen eingeführt werden.*

   h) *Es sollten Foren für jüngere, mittlere und ältere Schüler geschaffen werden, in denen sie ihre Fertigkeit präsentieren können. Deshalb sollten gezielt Talente über die Grundfertigkeiten hinaus gefördert werden.*

   i) *Regelmäßige Leistungsvergleiche zwischen Lehrern, zwischen Schulen gehören zukünftig zum Standard. Die selbstständige Schule soll im Wettbewerb eine Chance zum Vergleich und zur Entwicklung eines eigenständigen Profils bekommen.*

   j) *Bei der Entwicklung der Schulkonzepte müssen die verschiedenen Ressourcen und sozialstrukturellen Bedingungen vor Ort unbedingt berücksichtigt werden.*

10. *Neue Institutionen der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Elternhaus, zwischen Gesundheitswesen, Jugendämtern, Schulpsychologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Schulen sind notwendig.*

11. *Kein Schulsystem kann mehr leisten, als es der Gesellschaft wert ist.*

12. *Die Schule muss sich vom Niederlagensystem zum Erfolgssystem wandeln, um die Humanressource Bildung entfalten zu können und für Schüler wie Lehrer motivierend und stimulierend zu sein.*

Maria Thiele-Wittig

Dr. sc. agr., M. Sc., geb. 1938; Professorin für Hauswirtschaft an der Universität Münster; Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.

Anschrift: Institut für Haushaltswissenschaft und Didaktik der Haushaltslehre, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Philippistraße 2, 48149 Münster.
E-Mail: thielwit@uni-muenster.de

Veröffentlichungen u. a.: Zur Frage der innovativen Kraft neuer Haushalts- und Lebensformen, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 40 (1992) 1; Schnittstellen der privaten Haushalte zu Institutionen. Zunehmende Außenbeziehungen der Haushalte im Wandel der Daseinsbewältigung, in: Sylvia Gräbe (Hrsg.), Der private Haushalt im wissenschaftlichen Diskurs, Frankfurt am Main – New York 1993; (Hrsg.) Internationale Perspektiven in Hauswirtschaft und Haushaltswissenschaft, Baltmannsweiler 1999.

Michael-Burkhard Piorkowsky

Dr. rer. pol., geb. 1947; Professor für Haushalts- und Konsumökonomik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Mitglied des Wissenschaftlichen Gutachtergremiums für die Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung.

Anschrift: Universität Bonn, Meckenheimer Allee 174, 53115 Bonn.
E-Mail: piorkowsky@uni-bonn.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Irmhild Kettschau/ Barbara Methfessel) Familie 2000. Bildung für Familien und Haushalte zwischen Alltagskompetenz und Professionalität. Europäische Perspektiven, Baltmannsweiler 2000; (zus. mit Stefanie Mündner) Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen durch Stärkung von Haushalts- und Familienkompetenzen, Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft, Aachen–Bonn 2002.

Lothar Krappmann

Dr. phil., geb. 1936; bis 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin; Honorarprofessor für Soziologie der Erziehung an der Freien Universität Berlin.

Anschrift: Lützelsteiner Weg 43, 14195 Berlin.
E-Mail: krappmann@mpib-berlin.mpg.de.

Veröffentlichungen u. a.: Untersuchungen zum sozialen Lernen, in: Hanns Petillon (Hrsg.), Individuelles und soziales Lernen in der Grundschule, Opladen 2002; Bildung als Ressource der Lebensbewältigung, in: Richard Münchmeier u. a. (Hrsg.), Bildung und Lebenskompetenz, Opladen 2002.

Edda Müller

Dr. rer. publ., geb. 1942; Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e. V. (vzbv); Honorarprofessorin an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; Stellvertretende Vorsitzende des von Bundeskanzler Schröder einberufenen Rats für nachhaltige Entwicklung; Vizepräsidentin von EUROSOLAR Deutschland; Mitglied im Verwaltungsrat der Stiftung Warentest; seit November 2002 Mitglied der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission).

Anschrift: vzbv, Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin.

Veröffentlichungen vor allem zu Fragen der Umweltpolitik und zum politischen Interessenausgleich in modernen Demokratien sowie zu Fragen des Verbraucherschutzes.

Hildegard Mackert

Germanistin/Slawistin, geb. 1953; Referentin für Fortbildung beim vzbv Berlin.

Anschrift: vzbv, Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin.
E-Mail: mackert@vzbv.de

Veröffentlichungen u. a.: Haushaltsbezogene Verbraucherbildung, in: Hauswirtschaftliche Bildung, (1998) 2 und 3; How can the internet be used constructively for consumer education?, in: NICEmail, (2001) 1.

Dieter Korczak

Dr. rer. pol., Diplomvolkswirt, geb. 1948; Leiter des Instituts für Grundlagen- und Programmforschung in München.

Anschrift: Institut für Grundlagen- und Programmforschung, Goethestr. 40, 80336 München.
E-Mail: info@gp-f.com; www.gp-f.com

Veröffentlichungen u. a.: (zus. Mit Joachim Hecker) Gehirn – Geist – Gefühl, Hagen 2000; Wissenschaftspolitik im Medienzeitalter, in: Theo Hug (Hrsg.), Einführung in die Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung, Hohengehren 2001; Das schöne, neue Leben, Hagen 2001; Illegal drug use in Europe. In search of a hidden population, in: Research World, 11 (Januar 2003) 1.

Nächste Ausgabe

Holm Sundhaussen
Staatsbildung und ethnisch-nationale Gegensätze in Südosteuropa

Anton Sterbling
Eliten in Südosteuropa
Rolle, Kontinuitäten, Brüche

Heinz-Jürgen Axt
Vom Wiederaufbauhelfer zum Modernisierungsagenten
Die EU auf dem Balkan

Franz-Lothar Altmann
Regionale Kooperation in Südosteuropa

Wim van Meurs
Den Balkan integrieren
Die europäische Perspektive der Region nach 2004

Andrea K. Riemer
Die Türkei und die Europäische Union
Eine unendliche Geschichte?

Maria Thiele-Wittig

Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2003, S. 3–6

■ Familien und Haushalte sind in immer komplexer werdende gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Die ihren Mitgliedern zunehmend abgeforderten Lebens- und Alltagsentscheidungen haben Rückwirkungen auf die Gesellschaft. Aus dieser Perspektive ist eine Stärkung der Alltags- bzw. Daseinskompetenzen, ist Bildung für Haushalt und Familie ein Bereich aktivierender Gesellschaftspolitik.

Michael-Burkhard Piorkowsky

Neue Hauswirtschaft für die postmoderne Gesellschaft

Zum Wandel der Ökonomie des Alltags

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2003, S. 7–13

■ Der gesellschaftliche Modernisierungsprozess geht mit einem radikalen Wandel der Ökonomie des Alltags einher. Die Entscheidungen der Privathaushalte bzw. Individuen gewinnen an Bedeutung für die sozioökonomische Makrostruktur einschließlich der Bildung von Humanvermögen. Strukturgebend sind insbesondere Entscheidungen für bzw. gegen bestimmte Lebensstile und Lebensformen, Bildungswege und Erwerbsbeteiligungen, Konsummuster und Freizeitaktivitäten sowie Vermögensdispositionen. Eine erfolgreiche Haushaltsführung setzt voraus, dass künftig entsprechende Grundlagen im allgemein bildenden Schulwesen vermittelt werden.

Lothar Krappmann

Kompetenzförderung im Kindesalter

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2003, S. 14–19

■ Um gemeinsam gutes Leben gestalten zu können, benötigen Menschen Kompetenzen, die ihnen helfen, mit knappen Mitteln und unter Zeitdruck Ziele auszuhandeln und zu verfolgen. Diese „Daseinskompetenzen" erwerben Kinder durch Beteiligung an Kooperation und – wenn sie älter werden – durch Reflexion und kritische Auseinandersetzung in schulischen Lernprozessen. Der wichtigste Ort, an dem Kinder diese Kompetenzen herausbilden und für Mitwirkung im Haushalt, für Lernen und andere soziale Tätigkeiten nutzen können, ist jedoch die Familie. Das Familienleben profitiert auch von der Förderung dieser Kompetenzen in anderen Bildungsbereichen.

Edda Müller/Hildegard Mackert

Bildung für Haushalt und Konsum als vorsorgender Verbraucherschutz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2003, S. 20–26

■ Vor dem Hintergrund der in jüngster Zeit verstärkt geführten Diskussion um vorsorgenden Verbraucherschutz und Nachhaltige Entwicklung auf der einen und der PISA-Debatte auf der anderen Seite wird die Position des Verbraucherzentrale Bundesverbandes vorgestellt in Bezug auf Bildung für Verbraucherinnen und Verbraucher. Es wird dargelegt, dass es grundlegend neuer Kompetenzen bedarf, um die individuelle Alltagsgestaltung mit den Herausforderungen eines globalen Marktes sowie gesellschaftlicher Ziele wie Umwelterhaltung und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Vor diesem Hintergrund wird für die Einführung eines Faches „Wirtschaft" in den Sekundarstufen I und II an den allgemein bildenden Schulen plädiert. Neben der Vermittlung entsprechenden Fachwissens sollte das Fach die Lebens- und Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler im Blick haben und hieraus eine entsprechende pädagogische Konzeption entwickeln.

Dieter Korczak

Was sollen unsere Kinder von uns lernen

Neusser Thesen zur Bildungspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2003, S. 27–30

■ Kinder und Schüler zukunftsfähig zu erziehen und zu unterrichten erfordert ein gesellschaftlich formuliertes Wollen und eine gemeinsame Anstrengung von Staat, Gesellschaft, Eltern und Schulen. Die Neusser Thesen stellen einen Versuch dar, eine Brücke zwischen Elternhaus, Schule und Gesellschaft zu schlagen mit dem Ziel, einen sachgerechten Katalog für Bildungs- und Erziehungsziele sowie adäquate Unterrichtsformen zu erarbeiten. ■